

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementspreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Post- und Veranlagungsgebühren kosten pro Seite 25 Pf. — Geschäftsgebühren werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner; Druck: H. Jansmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Wilmshäuser Straße 38-42. Telefon-Nr. 96 u. 99. Telegr.-Adr.: Silberband Bochum.

Protesteingabe gegen Arbeiterentlassungen und Lohnabzüge!

Veranlaßt durch die sich häufenden Meldungen über Arbeiterkündigungen und Lohnreduktionen im Ruhrkohlengebiet hat der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands folgende Eingabe an die Zeitung des Verbandes der Ruhrzechenbesitzer (Zechenverband) gerichtet, damit, wenn sich die Empörung der geschädigten Belegschaften stürmischen Ausdruck verschafft, die Zechenvertreter nicht sagen können, ihnen sei von den Beschwerden und Forderungen der Arbeiter nichts bekannt geworden:

Bochum, den 29. November 1913.

An den Vorstand des Zechenverbandes, a. S. des Geh. Finanzrat Herrn Dr. Eugenberg, Essen.

Der ergebenst unterzeichnete Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands gestattet sich, dem Vorstand des Zechenverbandes folgendes zu unterbreiten:

Aus fast allen Teilen des rheinisch-westfälischen Kohlenbergwerksgebiets gehen uns Nachrichten über Arbeiterkündigungen und Lohnverschlechterungen zu. Soweit wir bisher übersehen, scheint die Kündigung von Arbeitern vorerst nur ganz vereinzelt erfolgt zu sein; indessen lassen gewisse Äußerungen von Betriebsbeamten, zum Beispiel die verschiedentlich vernommene Erklärung: „Wir haben Leute zu viel, es bekommen noch mehr die Abfehr!“ darauf schließen, daß seitens der Zechenverwaltungen mit größeren Arbeiterentlassungen gerechnet wird. Die Lohnverschlechterungen gehen nach den uns gewordenen Mitteilungen derart vor sich, daß man entweder in umfangreichen Maße die Bedinge abbriecht und Herabsetzungen der Schichtlöhne vornimmt, oder den Bedingearbeitern, wenn sie zeitweilig im Schichtlohn arbeiten müssen, einen geringeren Schichtlohn wie früher, oder neuangelegten Arbeitern weniger Lohn zahlt wie vorher an derselben Stelle üblich war; oder man kündigt den Bedingearbeitern, die aus natürlichen Gründen den Durchschnittslohn ihrer Klasse nicht erreichen können, an, daß man nun nicht mehr „zuschreiben“ werde wie vordem.

Die Arbeiterkündigungen müssen um so mehr frapieren, als noch bis in die jüngste Zeit hinein den Zechenverwaltungen nahestehende Organe von einem „anhaltenden Arbeitermangel“ berichteten und so den Bezug von Arbeitskräften in das rheinisch-westfälische Zechengebiet förderten, obgleich über die Abminderung der Konjunktur in der Eisen- und Stahlindustrie, dem weitaus stärksten Abnehmer der Bergwerksprodukte, schon gegen Ende 1912 kein Zweifel mehr bestehen konnte. Daß tatsächlich nach Ablauf des ersten Semesters 1913 ein relativer Rückgang des Kohlenabfahses, von dem Nachlassen des Koksabfahses gar nicht zu reden, eintrat, ist durch die Berichte des Kohlenyndikats allgemein bekannt geworden. Trotzdem wurde durch die gedachten Presseberichte noch der Anschein eines „anhaltenden Arbeitermangels“ erweckt und dadurch die weitere Zuwanderung von Arbeitern, zum Teil auf Kosten der anderen inländischen Bergwerksbezirke, angeregt. Es waren im niederrheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau Arbeiter beschäftigt im

1. Vierteljahr 1912: 372 050	1. Vierteljahr 1913: 404 757
2. " " 1912: 379 255	2. " " 1913: 406 863
3. " " 1912: 384 746	3. " " 1913: 409 073

Demnach ist die Belegschaft noch zu einer Zeit um tausende Köpfe vermehrt worden, als über den Eintritt der Krise kein Zweifel mehr bestand. Nun aber beginnen die Arbeiterkündigungen, über die die Belegschaften selbstredend in Unruhe geraten.

Unseres Erachtens wäre es die Pflicht der Zechenverwaltungen gewesen, schon vor Monaten der Öffentlichkeit reinen Wein über die vollkommene ausreichende Versorgung des rheinisch-westfälischen Industriegebiets mit Arbeitern einzuschänken, damit die durch allerhand Lockungen zur Zuwanderung veranlaßten Arbeiter wußten, daß hier von einem tatsächlichen Arbeitermangel durchaus keine Rede sein könne, vielmehr über kurz oder lang mit Arbeitseinstellungen zu rechnen sei. Namentlich hätte der Vorstand des Zechenverbandes, der sich ja durch seinen Zwangsarbeitsnachweis die Kontrolle über den Arbeitsmarkt im Ruhrkohlenbecken verschafft hat, in geeigneter Weise auf den Konjunkturmangel hinweisen müssen, damit die Uebererschwendung des Ruhrreviers mit überflüssigen Arbeitskräften hintangehalten würde. Leider ist das nicht geschehen. Die traurigen Folgen sehen wir nun in den Arbeiterkündigungen vor uns.

Uns wird ferner berichtet, daß, obgleich Feierschichten eingelegt, auf denselben Zechen auffallenderweise auch noch Ueber-schichten verfahren würden. Das widerspricht doch allen Grundsätzen einer gemeinnützigen Wirtschaft.

Wir gestatten uns deshalb, den Vorstand des Zechenverbandes ebenso höflich als dringend zu ersuchen, seinen Einfluß auf die Zechenverwaltungen dahin auszuüben, daß sie keine Arbeiterentlassungen vornehmen, sondern, wenn es die Konjunkturlage absolut gebietet, allgemein Feierschichten einlegen. Auf diese Weise wird wenigstens die Vermehrung der bekanntlich in Deutschland ohnehin schon großen Zahl der völlig Arbeitslosen vermieden und alle Belegschaftsmitglieder können, wenn auch mit beschränktem Verdienst, weiter beschäftigt werden. Jedenfalls liegt die Befolgung unseres Vorschlags mehr im Interesse der Gesamtarbeiterschaft und der durch

starke Armenlasten schon jetzt in Schwierigkeiten befindlichen Industriegemeinden, als wenn wer weiß wieviel tausende Bergarbeiter gänzlich verdienstlos würden.

Weiter halten wir es für selbstverständlich, daß nun mit dem unsinnigen System: einmal Feierschichten dann Ueber-schichten zu verfahren, gebrochen wird. Ueber-schichten sollten überhaupt nur aus den zwingenden Gründen, die in den diesbezüglichen Beschlüssen der Bergarbeiterorganisationen aller Richtungen angegeben sind, angeordnet werden. Der Uebergang zur reinen Achtstundenschicht inklusive Ein- und Ausfahrt ist und bleibt eine der wichtigsten Bergarbeiterforderungen.

Was nun die gemeldeten Lohnverschlechterungen anlangt, so müssen wir gestehen, daß uns eine unbegründete Maßregel als die Lohnkürzung in der jetzigen Zeit noch nicht bekannt geworden ist. Das Kohlenyndikat hat seine Richtpreise ab 1. April 1912 und abermals ab 1. April 1913 um solche Beträge erhöht, daß nunmehr der Höchststand der Richtpreise seit Bestehen des Kohlenyndikats erreicht ist. Wir sehen hier davon ab, den leichten Nachweis zu führen, daß die letzten Kohlen-, Koks- und Brikettpreiserhöhungen mit dazu beitrugen, die schon derzeit sich ankündigende Krise auf dem montan-industriellen Markte zu beschleunigen und zu verschärfen. In dieser Hinsicht verweisen wir auf die bekannten kritischen Auslassungen der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, die jedenfalls kein Syndikatsfeindliches Organ ist.

Durch die am 17. November d. J. vom Kohlenyndikat beschlossene Ermäßigung der Richtpreise (1,50 Mk. für Hoch-ofenkoks, 1,00 Mk. für Koks, 0,50-1,00 Mk. für verschiedene andere Kohlenarten, 0,50-0,75 Mk. für Briketts) ist in den betr. Sorten nur der Preiszustand hergestellt, der vor der letzten Erhöhung der Richtpreise bestand. Jener Preiszustand brachte aber den Zechenbesitzern schon beträchtliche Überschüsse, deren Höhe, wie aus den zechen-seitigen Mitteilungen über die verteilten Dividenden und Ausbeuten (pro Tonne) und Rückstellungen hervorgeht, eine sehr angemessene Verzinsung des Anlagekapitals gestatteten.

Obgleich aber nun die genannte teilweise Ermäßigung der Richtpreise für Koks und Koks-kohlen erst ab 1. Januar 1914, die der Richtpreise für die anderen Kohlenarten und für Briketts gar erst ab 1. April 1914 in Kraft tritt, werden nun schon Verkürzungen der Arbeiterlöhne vorgenommen! Dieses rück-sichtslose Vorgehen muß die Belegschaften erbittern und fordert zum entschiedenen Protest heraus.

Es ist doch auch den Zechenverwaltungen bekannt, daß wir uns seit Jahren in einer Periode ansteigender Lebens-mittelpreise befinden. Die einschlägigen Marktnotierungen beweisen das Anhalten der Teuerung. Wir dürfen diese auch amtlich bestätigte Tatsache bei dem Vorstand des Zechenverbandes als bekannt voraussetzen. Beispielsweise konnten wir feststellen, daß, während etwa um 1900 ein lediger Bergarbeiter nur für Kost und Logis monatlich zirka 45 Mk. zu zahlen hatte, vorjährig schon für dasselbe 68-70 Mk. gezahlt werden mußten. Das ist eine Verteuerung um über 51 Prozent; der Durchschnittslohn pro Kopf der Gesamtbelegschaft ist in derselben Zeit aber nicht einmal 22 Prozent gestiegen. Daß sich die Haushaltungskosten der verheirateten Bergleute in ähnlicher Weise verteuerten, ist selbstverständlich. Wo man hinkommt, klagen die Geschäftsleute und Handwerker über zurückgehende Einnahmen infolge geringeren Umlages. Die Arbeiter müssen infolge der gestiegenen Lebensmittelpreise im Verhältnis zu viel für Nahrungsmittel ausgeben. Daran frant der Arbeiterhaushalt. Durch Lohnreduktionen wird naturgemäß dies Mißverhältnis zum Schaden unseres ganzen Gemeinwesens noch größer. Wie weit unsere Zollpolitik in Verbindung mit Grenzsperrn und Einfuhrsperren die Nahrungsmittelverteuerung verschuldet hat, kann hier unerörtert bleiben. Der preissteigernde Einfluß dieser Wirtschaftspolitik steht jedenfalls fest. Da die im Zechenverband, Verein für bergbauliche Interessen und Kohlenyndikat vereinigten Werksbesitzer sich als Freunde dieser Wirtschaftspolitik bekennen und in Verbindung mit dem an der Erhaltung, sogar an der Erhöhung der Lebensmittelpreise interessierten Bund der Landwirte für die Beibehaltung der Zölle usw. eintreten, so erwächst diesen Werksbesitzern die moralische Verpflichtung, den unter den Teuerungsverhältnissen leidenden Arbeiterfamilien einen den gestiegenen Lebensmittelpreisen angepaßten Lohn zu zahlen. Statt dessen werden die Löhne noch reduziert!

Aber wir geben auch zu bedenken, daß es sich bei der erwähnten Preisveränderung nur um einige „Richtpreise“ des Syndikats, nicht um die wirklichen Verkaufspreise handelt. Es ist darum nicht ausgeschlossen, daß die jetzigen Verkaufspreise namentlich im engeren rheinisch-westfälischen Industriegebiet aufrecht erhalten werden. Daß dies keine bloße Annahme ist, dafür möchten wir folgenden Beweis führen:

Nach den Hochkonjunkturjahren 1899/1900 ermäßigte das Kohlenyndikat seine Richtpreise, teilweise auf den Stand von 1898/99. Die Arbeiterlöhne wurden damals auch mit dem Hinweis auf die Preisherabsetzung reduziert. Wie es aber mit den wirklichen Verkaufspreisen stand, ergibt sich aus der dem Reichstag 1907 vorgelegten „Denkschrift über das Kartellwesen, 3. Teil“. Wir erfahren aus ihr die folgenden, vom rheinisch-westfälischen Kohlenyndikat erzielten Verkaufspreise und setzen zum

Vergleich die Lohnziffern (Durchschnitt der Gesamtbelegschaft) hinzu:

	1897/98	1898/99	1899/1900	1900/01	1901/02
Dortmund, Gaskohle ab Zeche	12,67	12,71	13,57	14,50	14,68
Essen, Gaskohle, frei Waschanstalt	11,44	11,80	11,24	14,20	13,93
" Kessellohle, ab Zeche	7,88	9,50	9,—	10,—	10,—
Gelsenkirchen, Gaskohle, ab Zeche	11,—	11,25	13,—	13,75	12,50
Duisburg, " " "	10,70	11,15	12,00	12,70	11,62
Hagen*) " " "	117,50	120,—	120,—	135,—	122,10
Düsseldorf, " " "	10,38	10,86	10,86	12,77	11,67
" Kessellohle " " "	8,49	10,—	10,64	10,75	10,64
Möln, Gaskohle, " " "	10,60	11,—	11,—	12,50	11,50
Mannheim, Gaskohle, " " "	14,90	?	?	20,15	17,—
Hamburg** " frei Ort	10,75	11,25	12,75	14,85	14,95

Durchschnittslohn d. Ruhrbergleute 3,74 3,98 4,18 4,07 3,82

Aus dieser Zusammenstellung geht klar hervor, daß das Kohlenyndikat trotz Ermäßigung der Richtpreise 1901/02 bezw. 1902 noch höhere Verkaufspreise, sogar in den stark umstrittenen Gebieten Mannheim und Hamburg, erzielte als 1898/99 bezw. 1899. Die Arbeiterlöhne aber wurden teilweise bereits Ende 1900, allgemein 1901 herabgesetzt!

Rechnliches Holzog nach den Hochkonjunkturjahren 1906 und 1907. Es sind uns aus dieser Periode folgende amtlich ermittelte Großhandelspreise für rheinisch-westfälische Kohlen bekannt. Auch hier fügen wir die betr. Lohnziffern bei:

	1906	1907	1908	1909	1910	1911
Dortmund, Stückkohle, pro Tonne	11,8	12,5	12,8	12,8	12,8	12,8
Essen, Zettkohle " " "	10,27	11,12	11,25	10,87	10,75	10,75
Düsseldorf, Flammkohle, " " "	10,9	11,9	12,3	11,7	11,5	11,5
" Zettkohle, " " "	10,2	11,—	11,3	10,9	10,8	10,8
" Magerkohle, " " "	9,5	10,3	11,—	10,8	10,—	10,—
" Gaskohle, " " "	12,5	13,1	13,7	13,2	13,—	13,—

Durchschnittslohn der Ruhrbergleute pro Schicht 4,37 4,87 4,82 4,40 4,54

Die Kohlenverkaufspreise waren 1908 noch höher wie 1907, die Arbeiterlöhne aber wurden schon 1908 reduziert und 1909 fast auf den Stand von 1906 herabgedrückt, während 1909 die Kohlenpreise immer noch bis zu 1,00 Mk. pro Tonne höher standen wie 1906! Diese Erfahrung berechtigt uns zu sagen, daß eine Ermäßigung der „Richtpreise“ des Syndikats nicht auch in einer entsprechenden Ermäßigung der wirklichen Verkaufspreise zum Ausdruck kommt, und daß darum die erfolgten Lohnreduktionen durch die Finanzlage der Werke nicht begründet werden können, vielmehr im Interesse des Gemeinwohls scharf zu verurteilen sind. Die hohen Kohlenpreise, vornehmlich im engeren rhein.-westf. Industriegebiet, dürften auch nach dem 1. Januar 1914 bestehen bleiben, wodurch ebenfalls die Haushaltung der Gesamtbevölkerung belastet wird. Die Folgen sind naturgemäß hohe Warenpreise, denen dann Lohnverschlechterungen für die größte Arbeitermasse in unserem Industriegebiet gegenüberstehen.

Der zu erwartende Einwand, die Preiserhöhungen seien größtenteils durch Lohnreduktionen absorbiert worden, ist nicht stichhaltig. Nach amtlichen Ermittlungen haben im rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau betragen:

Jahr	Der geschätzte Wert der abfahrbaren Förderung (in 1000 Mark)	Die ausgezahlte reine Lohnsumme (in 1000 Mark)	Der Anteil der Lohnsumme an dem Wert der Förderung (in Prozent)
1907	763 218	459 435	60,20
1908	831 405	485 378	58,38
1910	849 204	462 285	54,44
1911	888 350	498 952	56,00
1912	1 099 037	570 594	51,92

Der Anteil der Arbeiterlöhne an dem Wert der Förderung ist also ganz bedeutend gesunken! Dabei handelt es sich nicht einmal um die wirklich erzielten Erlöse pro Tonne, sondern um niedrigere Schätzungen. Es muß ferner der Wert der bei der Verkokung usw. gewonnenen Nebenprodukte zugerechnet werden. Allein der Wert der Nebenprodukte Teer, Benzol und Ammoniak (ermittelt durch Benutzung der im Bericht des Bergbaulichen Vereins für den Oberbergamtsbezirk Dortmund, 1912, II. Heft, angegebenen Erzeugungsziffern und Wertziffern) betrug 1907: 51,64, 1912: 100,35 Millionen Mark. Um die gewaltigen Beträge verringert sich noch der prozentuale Anteil der Arbeiterlöhne an dem Produktionswert weiter. Es ist demnach eine bedeutende Verringerung der Lohnquote erfolgt.

Der gleichfalls zu erwartende Einwand, die sozialen Lasten beanspruchten einen immer größeren Teil des Betriebsergebnisses, ist ebenfalls nicht stichhaltig. Unter Benutzung der Jahresberichte des genannten Bergbaulichen Vereins ermittelten wir, daß die Gesamtausgaben der Vereinswerke für die Arbeiterversicherung 1908: 4,8, 1912: 4,3 Prozent lediglich von dem geschätzten Wert der abfahrbaren Förderung betragen. Im Jahre 1908 traten die höheren Knappschaftsbeiträge in Kraft, daher unsere Bezugnahme auf dieses Jahr.

*) Winterpreis pro 10 Tonnen.

**) Niedrigster Preis.

Nach diesen Darlegungen wird der Vorstand des Zechenverbandes verstehen, daß wir gegen die Arbeiterentlassungen und Lohnsenkungen entschlossene Protest erheben müssen. Arbeiterentlassungen und Lohnsenkungen bedeuten eine Schwächung der Kraft der Arbeitermasse, also eine Verschärfung der Wirtschaftskrise. Das ist eine Binsenwahrheit. Wir appellieren an den Vorstand des Zechenverbandes, im Interesse des Gemeinwohls, seine Verbandsmitglieder zu veranlassen, von Arbeiterentlassungen und Lohnsenkungen Abstand zu nehmen. Damit ist das beste Mittel zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise ergriffen.

Wir dürfen wohl annehmen, daß der Vorstand des Zechenverbandes nicht antwortet, er habe keinen Einfluß auf die Bestimmung der Arbeiterverhältnisse der einzelnen Zechen. Nach den Vorgängen in den letzten Jahren darf das Gegenteil als erwiesen gelten. Zum Ueberflus erklärte in einer Holzemitt gegen die „Bergarbeiter-Zeitung“ die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ am 28. Sept. 1913, das Kohlenprodukt besaß nicht mit Arbeiterangelegenheiten, dagegen hätten sich im „Zechenverband“... „die rheinisch-westfälischen Bergwerke zur Wahrung gemeinsamer Interessen in Arbeiterfragen zusammengefaßt“. Der betriebl. Artikel stammte überdies offensichtlich aus dem Prekbureau des Zechenverbandes. Somit hat der Zechenverband selbst keine Legitimation zu dem von dem Unterzeichneten vorgeschlagenen Eingreifen zugunsten der Bergarbeiter anerkannt. Wir wünschen, daß dies Eingreifen alsbald erfolgt und getahen

Mit Glück auf!

S. M.: G. Sachs.

Wirtschaftliche Lage des sächsischen Bergbaues.

Für die sächsischen Bergarbeiter wird es von besonderem Interesse sein, daß jetzt auch amtlich angegeben wird, daß die Zeit zur Fälligkeit eines Lohnanstieges i. V. die denkbar günstigste war. Im Jahrbuch für das Berg- und Hüttenwesen im Königreich Sachsen heißt es in der Einleitung über den Kohlenbergbau wörtlich:

„Wie das deutsche Wirtschaftsleben des Berichtsjahres überhaupt gute Verhältnisse aufzuweisen hatte, stand auch der sächsische Steinkohlenbergbau im Zeichen einer günstigen Wirtschaftslage. Die lebhaften Nachfrage auf dem Kohlenmarkt, die im vorjährigen Berichte für die zweite Hälfte des Jahres 1911 festzustellen war, dauerte im Berichtsjahre 1912 weiter an, ja sie erfuhr sogar noch eine Verstärkung.“

Es wird dann ein Magelied angeklungen, daß die daraus zu erwartenden geschäftlichen Vorteile durch den fünf Wochen andauernden Streik bis zu einem gewissen Grade abgeschwächt worden sind und bei den meisten Werken einen starken Förderausfall zur Folge gehabt haben. Auch wird darauf hingewiesen, daß die mit dem sächsischen Steinkohlenbergbau im Weltmarkt stehenden fremden Reviere während des Unzustandes einen Teil der Absatzgebiete freitig gemacht haben und dadurch auch hier eine schädliche Nachwirkung zu verzeichnen gewesen ist. Alles dieses war den Werksherren nicht unbekannt und trotzdem haben sie es strikte abgelehnt, in irgend einer Form den Bergarbeitern entgegenzukommen. Der Streikunfug der sächsischen Werksbesitzer wollte es so haben, und nur deshalb ging man prinzipiell nicht auf Unterhandlungen mit den Arbeitern ein. Wir werden weiter unten noch den Nachweis erbringen, wie berechtigt die Forderungen der Bergarbeiter waren und wie unverständlich diejenigen gehandelt haben, welche sich beim Kampf ihrer Kameraden fernhielten.

Auch im Braunkohlenbergbau wird die Marktlage als allgemein günstig geschildert. Recht bezeichnend ist es, daß eine Anzahl böhmischer Kapitalisten mit Erfolg versucht haben, sich von sächsischen Werken Anteile zu verschaffen, so daß mehrere Werte bereits sich in den Händen von böhmischen Kapitalisten befinden. „Ausländische Arbeiter, ausländisches Kapital und dabei streng national! Auch ein Zeichen der Zeit! Ein Bild der wirtschaftlichen Bedeutung und der Entwicklung, die der sächsische Kohlenbergbau in den letzten zehn Jahren durchgemacht hat, gibt die nachstehende Zusammenstellung:

Kohlenförderung Sachsens und ihr Wert 1903 bis 1912.

a) Steinkohlen:			
Jahr	Menge in Tonnen	Gesamtwert in Mark	Durchschnittspreis p. gefördert. Tonne in Mark
1903	4 450 111	51 324 098	11,54
1904	4 473 107	50 826 322	11,36
1905	4 603 903	52 320 888	11,36
1906	4 812 846	56 824 028	11,81
1907	4 879 461	62 656 783	12,84
1908	5 020 072	67 712 255	13,49
1909	5 041 158	67 422 041	13,37
1910	4 998 874	65 473 870	13,10
1911	5 058 081	65 587 537	12,97
1912	5 065 750	67 162 943	13,26

b) Braunkohlen:			
Jahr	Menge in Tonnen	Gesamtwert in Mark	Durchschnittspreis pro gefördert. Tonne in Mark
1903	1 889 422	4 597 806	2,50
1904	1 922 006	4 814 151	2,50
1905	2 167 781	5 349 688	2,47
1906	2 814 147	5 993 685	2,50
1907	2 485 848	6 797 580	2,73
1908	2 882 708	8 056 011	2,79
1909	3 167 626	8 498 119	2,68
1910	3 023 324	9 575 906	2,64
1911	1 825 441	10 092 558	2,54
1912	3 384 027	13 575 940	2,51

Die Förderung hat somit beim Steinkohlenbergbau sowohl, wie beim Braunkohlenbergbau im Vergleich zum Vorjahre noch Gewicht und Wert zugenommen, beim Braunkohlenbergbau wiederum in recht erheblicher Weise. Zum ersten Male ist die Steinkohlenförderung von der Braunkohlenförderung dem Gewicht nach überholt worden. Der Durchschnittspreis ist bei der geförderten Steinkohle im Vergleich zum Vorjahre gestiegen, trotzdem im Jahrbuch behauptet wird, daß die Kohlenpreise wegen der eingegangenen Verpflichtungen und der noch laufenden Abschüsse nicht entsprechend in die Höhe gingen. Wie die Bergarbeiter gewöhnt haben, zeigen die Angaben über die Förderung im Lugau-Delsnitzer Bezirk. Hier ist die Förderung um 48 885 Tonnen gestiegen, trotz einem Anstund von fünf Wochen und einer Belegschaftsverminderung von rund 500 Personen. Im Bezirk Zwickau ist ein Förderungsausfall von 68 674 T. zu verzeichnen, dem eine Verminderung der Belegschaften um 647 Personen gegenübersteht. Im Bezirk Dresden ist bei einer Belegschaftsverminderung von 25 Personen eine Steigerung der Förderung von 32 008 Tonnen eingetreten. Ganz enorm ist auch die Steigerung der Förderung in den beiden Braunkohlenbezirken; dieselbe beträgt gegen das Vorjahr 13,02 vom Hundert. Die Herren Grubenbesitzer haben es bei der glänzenden Konjunktur verstanden, die Schächsen zu scheren. Leider sind das die Bergarbeiter. Mit Recht kann deshalb auch das Jahrbuch schreiben:

„Die Jahresabschlüsse der Aktiengesellschaften und Gewerkschaften beim sächsischen Kohlenbergbau sind entsprechend der allgemeinen Geschäftslage im großen und ganzen günstig ausgefallen. Die auf das Jahr 1912 von den einzelnen Werken verteilten Ueberschüsse sind zurzeit nicht unerheblich höher als diejenigen des Vorjahres gewesen.“

Zum Beweis wollen wir nur einige Beispiele anführen. Nach dem Geschäftsbericht des Lugauer Steinkohlenbauvereins wurde nach Abschreibungen von 97 078 M., gegen 87 372 M. im Vorjahre, ein Reingewinn von 276 795 M. erzielt. Den Aktionären werden infolge der höheren Kohlenpreise auf 900 000 M. Stammaktien wieder 15 Prozent und auf die 600 000 M. Vorzugsaktien 20 Prozent Dividende gezahlt. Ohne den der Bergarbeiterkraft aufgeworbenen Kampf hätte das Unternehmen einen noch weitlich höheren Nutzen erzielt. Im Bericht der Gewerkschaft Deutschland in Delsnitz heißt es:

„Das Ergebnis dieses Jahres ist das günstigste seit dem Verlehen des Wertes und ermöglicht nicht nur die Verteilung einer hohen Ausbeute, sondern auch eine wesentliche Befestigung der wirtschaftlichen Grundlagen des Unternehmens.“

Trotz des Förderungsausfalles während des Streiks, den das Werk auf 90 000 Tonnen berechnet, ist eine Steigerung gegen das Vorjahr um 52 095 Tonnen zu verzeichnen. Trotz Abschreibungen von 570 101 M., trotz Ausgaben für Neuanlagen von 642 428 M. ist immer noch ein Reingewinn von 2 486 269 Mark geblieben. Auch die U. G. Bochwa-Sohndorf-Bereinigfeld verzeichnet einen Reingewinn von 573 578 M. gegen 315 570 M. im Vorjahre. Hiervon sind für jede Aktie 180 M. gegen 100 M. im Vorjahre als Dividende zur Verteilung gebracht worden. Der Steinkohlenbauverein Sohndorf hat ebenfalls seine Dividende von 35 M. für die Prioritätsaktien im Vorjahre auf 45 M. im Berichtsjahre erhöht, desgleichen die Stammaktien von 20 auf 30 M. Und so geht es noch bei einer Anzahl von Werken weiter. Dieselben Grubenbesitzer, die jetzt solche glänzenden Dividenden einheimen, behaupteten im vorigen Jahre, eine Lohnsenkung sei bei der schlechten finanziellen Lage der Werke nicht möglich. Aber man schenkte erhebliche Summen denjenigen, die im Interesse der Grubenbesitzer niemals alle werden sollen.

In welcher Weise hat man nun die Bergarbeiter an diesem glänzenden Geschäftsgang teilnehmen lassen? Die Grubenbesitzer behaupten, daß die Arbeitslöhne eine vorher nicht gekannte Höhe erreicht hätten. Gewiß haben die einzelnen Werke zugelegt, weil sie mußten. Die Bergarbeiter konnten mit ihrem Verdienst bei den teuren Lebensverhältnissen nicht mehr auskommen und die Auswanderung nahm eine geradezu beängstigende Form an. Die Grubenbesitzer mußten darum zugeben, wenn sie sich das Geschäft nicht verderben lassen wollten. Die erfolgte Lohnzulage, die übrigens sich in sehr bescheidenen Grenzen bewegte, war daher eine Folge des Streiks. Ohne den vorausgegangenen

Streik hätten sich die Werke nicht so leicht zu einer Lohnzulage herbeigelassen. Dieselbe Erscheinung hatten wir auch im Jahre 1900 zu verzeichnen: Damals leg der Lohn auch von 1892 M. im Jahre 1899 auf 1207 M. im Jahre 1900. Der Durchschnittslohn der Steinkohlenbergarbeiter betrug im Jahre 1912 1435,60 M. Das ist eine Steigerung gegenüber dem Vorjahre um 72,15 M., also monatlich um 6 M. und 14 Pf. Im höchsten war der Lohn im Lugau-Delsnitzer Bezirk mit 1471,80 M., am tiefsten in Zwickau mit 1408,88 M. Demnach beträgt der Lohn im Durchschnitt das Jahr zu 800 Arbeitstagen gerechnet, pro Schicht 1,78 M. Nun ist aber die Zahl der Arbeitstage bedeutend größer, besonders im Lugau-Delsnitzer Revier sind viele Ueber-schichten vorhanden worden. Die Bergbehörde gibt leider in ihrem Bericht die Zahl der Ueber-schichten nicht an. Die geringe Erhöhung des Lohnes ist also in erster Linie erzielt worden durch erhöhte Leistungen der Arbeiter. Der Durchschnittslohn im Bezirk Dresden beträgt 1416,42 M. und ist ebenfalls um 65 M. gestiegen. In den beiden Braunkohlenbezirken steht der Bezirk Leipzig mit 1318,71 M., gegen 1145,84 M. im Bezirk Dresden, an der Spitze. Den Löhnen der sächsischen Bergarbeiter wollen wir nur einige Zahlen ihrer Kameraden in Westfalen gegenüberstellen. Der Durchschnittslohn der Gesamtbelegschaft betrug im Oberbergamtsbezirk Dortmund 1586 M. und der Lohn der Sauer 1858 M. Daraus ist leicht zu ersehen, weshalb so viele sächsische Bergarbeiter mit ihren Familien auf die Wohl-taten der hiesigen Grubenbesitzer verzichten.

Die zur Anzeige gelangten Unfälle sind nur wenig gegen das Vorjahr zurückgegangen, nämlich von 4857 auf 4810. Es darf dabei aber nicht vergessen werden, daß ein großer Teil der Belegschaft der beiden größten Reviere fünf Wochen im Ausstand war und dadurch von Unfällen verschont geblieben ist; ferner ist die Belegschaftszahl zurückgegangen. Prozentual kommen auf die Woche 92 Unfälle; rechnen wir auf die im Streik gewesenene Mannschaften nach dem Durchschnitt 45 Unfälle pro Woche, so muß man zu der angegebenen Zahl mindestens noch 200 Unfälle hinzurechnen, und wäre somit eine ganz bedeutende Steigerung der Unfälle zu verzeichnen. Für das Jahr der wüsten Jagd nach Kohlen ist dieses auch ganz erklärlich. Auch die Zahl der erörterten Unfälle, also der schwereren, ist etwas gestiegen. Besonders auffällig ist es, daß die Zahl der tödlichen Unfälle von 41 im Vorjahre auf 48 im Berichtsjahre hinausgeschwollen ist. Prozentual sind bei den tödlichen Unfällen das Leipziger Braunkohlenrevier und das Lugau-Delsnitzer Revier am meisten beteiligt. Nach den bergpolizeilichen Feststellungen sollen 32 Mann ohne irgend ein Verschulden, 18 Mann durch eigenes Verschulden oder durch die Schuld ihrer Mitarbeiter tödlich verunglückt sein, während es in 8 Fällen zweifelhaft geblieben sei, ob ein Verschulden des Getöteten selbst, eines Mitverunglückten oder eines sonstigen Dritten vorlag. Die Grubenbesitzer oder ihre Organe sind demnach von der „Dankschuld“ an diesen Todesopfern freigesprochen. Wir müssen diese Feststellungen ernstlich in Zweifel ziehen. Praktische Bergarbeiter urteilen darüber ganz anders. 24 Mann, also die Hälfte von allen tödlich Verunglückten, sind durch Stein- und Kohlenfall und durch Zimmerungsbruch zu Tode gekommen. Wer die Haft bei der Arbeit, die Antreiberei und das Bestreben, auch bei schlechtesten Bedingen etwas zu verdienen, kennt, wundert sich darüber nicht. Fast überall wird die Frage an die Bergarbeiter, ob die bergpolizeilichen Vorschriften eingehalten werden, dahin beantwortet: „Die stehen nur auf dem Papier!“ Solange man bei der Verteilung der Unglücksfälle nicht die Lohnfrage, das Bedingewesen und verchiedenes mehr mit in Erwägung zieht, wird man nie einwandfrei die Ursachen feststellen können. Wenn auch nicht alle, so doch der größte Teil der Unfälle könnte vermieden werden, wenn man Leben und Gesundheit der Bergarbeiter mehr beachten würde. Trotz Steigerung der Belegschaft und vielen Fahr- und Oberbauern, die die Grubenaufsicht ausüben sollen, in Wirklichkeit aber nur Antreiber sind, trotz Einfahrer in Braunkohlenbezirken und trotz Sicherheitsmännern wird niemals ein nennenswerter Rückschlag der Unglücksfälle eintreten, wenn man nicht die schon so oft gegebenen Nachschläge der organisierten Bergarbeiter beachtet. Ueber die Sicherheitsmänner heißt es im Jahrbuch:

„Die Sicherheitsmänner haben von ihrer Befugnis, an den Unfalluntersuchungen teilzunehmen, verhältnismäßig wenig Gebrauch gemacht.“

Wir fragen: „Ist der Bergbehörde ein Sicherheitsmann bekannt, welcher der Aufforderung eines Berginspektionsbeamten oder eines Grubenbeamten, an einer Unfalluntersuchung teilzunehmen, nicht Folge geleistet hat?“ Aus der ganzen Art und Weise, wie in den Berichten der Berginspektion sowie auch im Jahrbuch für Berg- und Hüttenwesen über die Einrichtung der Sicherheitsmänner geurteilt wird, kann man nur eine ausgesprochene Antipathie gegen diese Einrichtung herausfinden. Was veranlaßt denn diese Herren dazu? Antastet sich mit den Sicherheitsmännern in Verbindung zu leben, ihnen mit Rat und Hilfe zur Seite zu stehen, dieselben bei ihren eigenen Erfahrungen in der Grube mitzunehmen und belehrend auf sie einzuwirken, geht man in dieser Weise gegen sie vor. Wir werden uns mit dieser Frage sowie mit noch verchiedenen anderen in einem späteren Artikel beschäftigen. Den Bergarbeitern möchten wir aber auch an dieser Stelle zurufen, daß der beste Sicherheitsmann eine starke Organisation ist. M. S.

Diezel und der Diezelmotor.

Von Th. Wolff, Friedenau.

II

Benachteiligen wir uns, welche wirtschaftliche Bedeutung jene ungeheuerliche Verschwendungssucht der Dampfmaschine hat. Eine Dampfmaschine von 100 Pferdekraften, deren Kuppelwerk mit 10 Prozent annehmen wollen, wird jährlich für etwa 10 000 Mark Kohlen verbrauchen. Wäre der Kuppelwerk der Maschine ein größeres, etwa 20 Prozent, so würde die Maschine entsprechend nur einen halb so großen Kohlenverbrauch haben könnte ihr Besitzer also jährlich 5000 Mark sparen. Wäre der Kuppelwerk gar 50 Prozent, so käme die Maschine, ohne daß ihre Leistung nur um geringsten vermindert würde, mit einem Kohlenverbrauch von 2000 Mark aus, könnten also 8000 Mark jährlich gespart werden. Der Norddeutsche Lloyd in Bremen braucht für den Betrieb seiner Dampfmaschine jährlich für etwa 30 Mill. Mark Kohlen; nehmen wir den Kuppelwerk der Dampfmaschinen dieser Schiffe, hochgezogen mit durchschnittlich 15 Prozent an, so könnten, sofern der Kuppelwerk der Maschinen nur auf 30 Prozent gesteigert werden könnte, bei diesem einzigen Unternehmen jährlich für 15 Mill. Mark Kohlen erspart werden. Für die Dampfmaschinen der ganzen Welt werden jährlich für etwa 4 Milliarden Mark Kohlen verbraucht; einen wiederum sehr hoch gegriffenen Kuppelwerk von durchschnittlich 15 Prozent angenommen, könnte bei Steigerung des durchschnittlichen Kuppelwerkes der Dampfmaschinen auf 30 Prozent jährlich die gewaltige Summe von 2 Milliarden Mark dem Weltvermögen erspart werden, die jetzt infolge der Unvollkommenheit der Dampfmaschine und ihrer hieraus resultierenden Verschwendungssucht verloren geht. Verschwendung über Verschwendung überall, wo die Dampfmaschine ihr Werk tut.

Es ist einleuchtend, daß diese innere Unvollkommenheit der Dampfmaschine und ihre sich hieraus ergebende Verschwendungssucht die Leichter schon seit langen anregen mußte und auch erregt hat, vollständigere Kraftmaschinen zu konstruieren, die wirtschaftlicher arbeiten. In diesem Streben sind denn auch bereits sehr bedeutende Erfolge erzielt, und eine Reihe anderer Wärmekraftmaschinen, insbesondere die Gas- und Spiritusmaschinen, geschaffen worden, die auf erheblich abweichenden und einfacheren Konstruktionsprinzipien als die Dampfmaschine beruhen und infolgedessen auch eine geringere Ausnutzung des Brennstoffes ermöglichen. Freilich, auch alle anderen Wärmekraft-

maschinen lassen einen mehr oder weniger großen Teil der zugeführten Wärme nutzlos entweichen, und einer absoluten Sparmasse hinsichtlich des Wärmeverbrauches befähigt sich keine einzige. Aber ihre Verschwendungssucht ist doch wenigstens nicht so groß wie bei der Dampfmaschine. So hat der Benzolmotor, die Triebmaschine des Automobils, immerhin schon einen Kuppelwerk von rund 20 Prozent, der Sauggasmotor einen solchen von 22 Prozent, die Großgasmaschine erreicht einen Kuppelwerk von 25 Prozent, die Leuchtgasmaschine einen solchen von 30 Prozent und der Spiritusmotor sogar einen Kuppelwerk von 32 Prozent. Den größten Kuppelwerk von allen Wärmekraftmaschinen aber weist die neueste Kraftmaschine, nämlich der — Diezelmotor auf, der im praktischen Betrieb einen Kuppelwerk von rund 35 Prozent erreicht. In dieser Hinsicht ist die Bedeutung des Diezelmotors gegenüber den übrigen Kraftmaschinen, insbesondere gegenüber der Dampfmaschine, klar ausgebrochen. Ein dreimal so hoher Kuppelwerk bei der Dampfmaschine, das ist ein Umstand, dessen Bedeutung nach dem Gelegten und nach den angeführten Zahlen über die Summen, die die Verschwendungssucht der Dampfmaschine dem Weltvermögen alljährlich kostet, einleuchtend ist.

Die größte Ausnutzung der Wärme und die hieraus erfolgende größere Wirtschaftlichkeit des Diezelmotors beruht auf seiner besonderen Konstruktion. Die Diezelmachine ist, wie auch der Gas-, Benzol- und Spiritusmotor, ein Explosionsmotor und hierdurch grundlegend von der Dampfmaschine unterschieden. Das kommt durch die Art der Verbrennung des Brennstoffes zum Ausdruck. Bei einer Dampfmaschine haben wir bekanntlich zwei getrennte Teile zu unterscheiden: 1. den Dampfessel, 2. den Dampfzylinder, der mit den übrigen bewegenden Teilen zusammen die eigentliche Maschine bildet. Dampfessel und Zylinder sind durch das Dampfleitungsrohr miteinander verbunden. Der Brennstoff, also in diesem Falle die Kohlen, wird unterhalb des Dampfessels verbrannt; die hierdurch erzeugte Wärme verwandelt das Wasser im Dampfessel in Dampf von hoher Spannung, der durch das Dampfleitungsrohr in den Zylinder der Maschine geleitet wird und hier durch seinen Druck den Kolben im Zylinder und damit die ganze Dampfmaschine in Bewegung setzt. Bei der Dampfmaschine findet also die Verbrennung des Brennstoffes außerhalb des Zylinders statt. Bei den Explosionsmotoren und ebenso auch bei dem Diezelmotor ist der Verbrennungsvorgang ein anderer. Bei dieser Motoren findet die Verbrennung des Brennstoffes innerhalb des Zylinders statt. Das geschieht beispielsweise bei dem Benzolmotor, der Triebmaschine des Automobils, indem der Brenn-

stoff, also in diesem Falle das Benzin, vergast und in dieser Form direkt in den Zylinder eingespritzt wird; zugleich wird das Benzin mit Luft gemischt und dieses hierdurch brennbar gemachte Gasgemisch durch einen überspringenden elektrischen Funken innerhalb des Zylinders zur Entzündung und Verbrennung gebracht. Die Verbrennung geschieht in Form einer heftigen Explosion, die mit großem Druck auf den Kolben wirkt und hierdurch diesen und damit zugleich die ganze Maschine in Bewegung setzt. Bei diesem Motor fallen also besondere Feuerungseinrichtung, Dampfessel und Dampfleitungsrohr vollständig fort, infolgedessen kann auch keine Wärmeausstrahlung durch solche Organe, wie bei der Dampfmaschine, stattfinden, und der Motor arbeitet sparsamer, verbraucht für die Arbeitsleistung weniger Wärme als die Dampfmaschine. Weitere große Vorteile dieser Konstruktionsart bestehen darin, daß durch Fortfall des Dampfessels Raum und Gewicht des Explosionsmotors gegenüber der Dampfmaschine ganz bedeutend verringert werden und nur noch halb, oder ein Drittel, so groß wie bei jener sind.

In ähnlicher Weise wie beim Benzolmotor erfolgt auch die Wirkungsweise des Diezelmotors; doch weist dieser auch erhebliche Unterschiede gegen jenen auf. Auch beim Diezelmotor wird der Brennstoff direkt innerhalb des Zylinders verbrannt, doch wird der Brennstoff, gemeint mit Luft, nicht, wie beim Benzolmotor, vorher vergast, sondern in seiner natürlichen flüssigen Form in den Zylinder durch Einspritzung eingeführt, kommt hier mit sehr stark komprimierter Luft in Berührung und wird durch diese entzündet bzw. verbrannt. Die Verbrennungsgase wirken dann, wie beim Benzolmotor, mit großem Druck auf den Kolben im Zylinder und setzen diesen und damit die ganze Maschine in arbeitende Bewegung. Der elektrische Zündapparat, der beim Benzolmotor notwendig ist, fällt also beim Diezelmotor fort, wodurch die Wirkungsweise dieser Maschine eine sicherere und zuverlässigere ist. Dagegen braucht der Diezelmotor einen kleinen Nebenmotor zur Erzeugung komprimierter Luft. Letztere ist notwendig, um das flüssige Treiböl in den Zylinder einzuspritzen, was durch ein besonderes Ventil geschieht. Außerdem ist komprimierte Luft auch zum Anlassen des Motors notwendig. Der Nebenmotor zur Erzeugung der komprimierten Luft ist eine kleine einfache Maschine, die den Betrieb des Hauptmotors nicht im geringsten stört oder aufhält. Infolge der unmittelbaren Verbrennung des flüssigen Brennstoffes sind die Wärmeverluste des Diezelmotors noch ganz wesentlich geringer, wie bei dem Explosionsmotor.

Technik und Arbeitergesundheit.

II.

Unter das Kapitel "F6rderung" geh6ren auch die Sch6ttelr6stchen, jene Einrichtung, die dem Steiger den Dienst am meisten erschwert hat. Von einer Sch6ttelr6stche hängt ein großer Teil der F6rderung ab. Geht sie nicht, dann ist es ganz sicher, daß der Steiger von den Vorgesetzten zur Weichenshaft gezogen wird. Sch6ttelr6stchen in schlechtem, gebr6chtem Gebirge, bei ungleichem Einfallen, bei zu großer H6he des Stoßes, bei schwacher Druckluft und schlechtem Motor stehen aber sehr oft still. Es ist deswegen eine allgemein bekannte Tatsache, daß die Einf6hrung einer Sch6ttelr6stche dem betr. Nebiersteiger fast immer das Revier oder die Stellung kostet. F6r die Arbeiter wird die Gefahr des Stein- und Kohlenfalles bei schlechtem Gebirge erh6ht, da einmal viel gr6ere Flächen offen stehen bleiben, vor allem aber, weil besonders in schlechten Gebirgen der Rettungsweg niedriger und auch erschwert ist.

Die Sch6ttelr6stchen erm6glichen auch jene Betriebe in der Erde, in denen den Arbeitern eine genau abgegrenzte Arbeitsmenge vor Beginn der Arbeit zugewiesen wird. Der Ortsk6stler kriecht nämlich am Stoe entlang und mit mit dem Meterstock jedem Arbeiter die Länge vor und bezeichnert sie durch Kreidestricher am Kohlenstoß, die dieser auf Schalholzbretter abstoßen muß. Es ist dieses ein St6ck Taylor-System. Hierbei fehlen auch die Schrämmaschinen erwant, die man im deutschen Bergbau gerne einf6hren w6chte, weil man von ihnen eine Leistungssteigerung erh6ffte. Aber die Schwierigkeiten sind sehr groß. So arbeitet man gegenwärtig auf Reiche K6nig Ludwig mit einigen dieser Maschinen in Sch6ttelr6stchenbetrieben. Aber die Kohlenreinigung wird nicht billiger wie sonst. Daf6r str6mt die bitterkalte, austrocknende Luft den schwenden Arbeitern auf den nackten Leib und macht sie fast alle krank. Besonders gefährlich sind aber diese Maschinen, weil die Stempel am Kohlenstoe weggeschlagen werden m6ssen, damit die Maschine arbeiten kann. Schreit dann die Maschine noch 1,50 Meter unter der Sohle her, so sind 3 Meter Gangenbes nicht unterst6tzt und die Gefahr eines Deckeneinbruchs droht und erfolgt auch oft. S6tten sich diese Schrämmaschinen weiter im H6hbergbau einf6hren, was vorderhand noch zu bezweifeln ist, so ist sicher damit zu rechnen, daß eine Erh6hung der Erkrankungen und Unfälle eintritt.

Bei dem Kapitel "F6rderung" sei ferner noch der Sp6lversatz erwant, mit dem man die Steine bis in die Abbaue hineinsp6lt. Masse Strecken, nasses Gebirge, Regen in vielen Betrieben sind die Folgen. So mancher Seebankt sein Rheuma der sch6nen Erfindung des Sp6lversatzes. Der Steiger aber lebt Tag f6r Tag in banger Pein, ob es ihm auch gelingen wird, die St6e voll zu sp6len. Sehen sich die Sp6lr6stche zu, ein Fall, der garnticht selten ist, dann bleiben die abgebauten Räume offen. Der Steiger aber trägt die Schuld, wenn die Verger6rde kommt. Die Arbeiter jedoch m6ssen in diesen weit offenen Betrieben arbeiten. Einmal kreibt der Hunger, denn vergastet wird nicht; zweitens kreibt der Steiger, der Kohlen haben will. Wenn aber ein Unfall passiert, dann heißt es: "Niemand kann daf6r."

Von ganz erheblichem Einfluß auf die Sicherheit der Grubenbau ist auch die Art des Ausbaues. Fr6her wurde der Ausbau gem6inhafter gemacht, d. h. die einzelnen H6lzer standen akkurat als heute. Aber man huldigte auch dem Grundsatze, nur dort Holz hinzuzustellen, wo es das Gebirge erforderte. Mit diesem Grundsatze geriet man aber in die Br6che, als die vielen ungelerten Arbeiter in die Gruben kamen, die, wie im Anfang bereits ausgef6hrt, keine gen6uende Lehre durchgemacht hatten, um zu unterscheiden, ob das Hangende sicher oder nicht sicher sei. In jener Zeit vermehrten sich die Unfälle infolge Stein- und Kohlenfalles ganz erheblich. Die Folge war, daß vor etwa 8 Jahren 6berall der systematische Ausbau eingef6hrt wurde, d. h. ganz gleichg6ltig, ob das Gebirge gut oder schlecht ist: es muß verbaut werden. Die Art des Ausbaues wird genau vorgeschrieben, es wird gesagt, wie stark das Holz sein muß und in welcher Entfernung von einander die Stempel zu stehen haben. Unzweifelhaft ist es auch gelungen, damit dem Steigen der Unfallsgefahr infolge Stein- und Kohlenfalles zu begegnen. Es w6rde sogar noch weit mehr erzielt worden sein, wenn nicht auf manchen Been die Kenbenz vorhanden wäre. Holz zu sparen, wodurch die Unfallgefahr beg6nstigt wird. Die vielen Neuerungen, die im Laufe der letzten Jahre im Ausbau eingef6hrt worden sind, als eiserne Stempel, angep6lter Stempel, zusammengekeimte Stempel, eiserne Rippen usw., sind weniger dazu da, die Unfallszahlen zu vermindern, sondern die Kosten herabzusetzen. Man hat erkannt, daß man, je tiefer man in die Gruben kommt, um so weniger den Gebirgsdruck aufhalten kann. Ganz gleich, ob eichenes oder tannenes Holz oder Eisen verwendet wird, alles bricht, und zwar bricht es so lange, bis sich das Gebirge gen6uend gesetzt hat und der Druck vorbei ist. Das Gebirge geht daher heute dahin, Stempel zu konstruieren, die dem Druck nachgeben, ohne zu brechen. Man spart dadurch den zweiten Ausbau. Von Einzelheiten abgesehen kann man auch sagen, daß der nachgebende Ausbau erh6hte Sicherheit gewährt. Jedoch auch hier sind Mißgriffe unterlaufen. So ist z. B. das Ansp6hen der Stempel ein ganz gefährliches Experiment bei Seitendruck oder pl6tzlich sich hebendem Hangenden. Bei Seitendruck bricht schon bei ganz geringem Druck die Spitze ob und der Stempel fällt um. Bei pl6tzlich einsetzendem Druck vom Hangenden bildet sich an der Spitze nicht der sogenannte Quast, sondern die Spitze bricht ab. Verwunderlich ist es nur, daß die Verger6rde den angep6lten Stempeln bisher so wenig Beachtung geschenkt hat. Sind doch allein an den Been Rheinpreußen und Ruemhild zahlreiche Strecken zu Bruch gegangen, weil die angep6lten Stempel umflogen, als wenn der Wind im Herbst Blätter von den Bäumen sch6ttelt.

Im Gegensatz zu den bisher erwantten Fortschritten der Technik, die zur Erh6hung der Leistung eingef6hrt wurden, die aber auch zur Erh6hung der Unfall- und Krankenziffern beigetragen haben, stehen jene, die nur zu dem Zwecke erfunden worden sind, die Sicherheit der Grubenbau zu erh6hen. In dieses Gebiet fallen die Erfindungen zur Verbesserung der Wetterf6hrung und der Wasserhaltung. Erwant seien hier die Ventilatoren, Strahlb6sen, Lutten und Luttenbander, sowie die Duplex-Pumpen. Diese Erfindungen erm6glichen heute ein Arbeiten an Stellen, wo man sonst kaum hinkommen konnte. Aber oft sind die drauenden Gefahren härter als die zu ihrem Schutze dienenden Einrichtungen. Ebenso sind diese manchmal nicht in der richtigen Ordnung oder versagen ganz und gar. Dann verwandeln sich diese Einrichtungen, die die Gefahren bekämpfen sollen, in ihre Gegenteil. Sie vermehren die Gefahr. Wie sch6dlich steht es manchmal in langen Strecken mit Sonderbetrieuerung aus. Wie sch6dlich sind da die Lutten im Schutze? Wie oft versagt der Ventilator? Die Leute arbeiten dann in den Gasen der Sch6tze oder der schlechtesten Luft, bis sie beinahe umfallen und nach der Schicht mit Kopfschmerzen zum Schutze hintaumeln. Versagen in den Gasen die Pumpen, dann wird im Wasser herumgesprungen, bloß damit der schon verdiente Lohn nicht niedriger wird.

Auch bei diesen Einrichtungen kann man sagen: bei der Heijagd nach Kohlen, die heute beliebt wird, dienen sie weniger der Gesundheit der Arbeiter, sondern sie erm6glichen es den Grubenbesitzern, Betriebe aufzuf6hren, in denen die Gesundheit der Arbeiter ruiniert wird.

Die technischen Erfindungen wirken auf die Gesundheit der Arbeiter und der Angef6hrtten aber auch indirekt ein. Von dem Steiger verlangt man heute nicht nur, daß er als Vergemann auf der S6e steht, sondern infolge der vielen Maschinen muß er ganz erhebliche Kenntnisse als Maschinenmann besitzen. Hat doch mancher Steiger in seinem Revier mehr Maschinen zu beaufsichtigen, als in mancher nicht ganz kleinen Fabrik stehen. Niemand aber kann zwei Herzen dienen, besonders wenn die Verhaltisse so liegen wie in der Erde. Das Arbeitsfeld des Beamten ist ganz erheblich gr6er geworden und diese Vergr6erung gibt zu außerordentlich vielen Nebenberufen Veranlassung. Die Maschinen leiden unter dem Druck des Gebirges, unter der feuchten staubigen Luft und unter der Behandlung unqualifzierter Arbeiter. Weilt irgendwo eine Maschine stehen, so bleiben entweder die Kohlen aus oder die Leute k6nnen nicht arbeiten; der Steiger aber

wird zur Weichenshaft gezogen. Ein großer Teil seiner Zeit wird heute dazu gebraucht, sich um die F6rderung, d. h. sich um die Maschinen zu k6mmern, die Kohlen wegbesorgen. Ueberall, wo es hängt, soll er sein, und heute hängt es oft an den vielen Stellen. Darunter leidet der bergmännische Teil seiner Tätigkeit. Eine vern6nftige sachliche Unterhaltung vor den Betrieben bleibt aus, weil der Steiger in den meisten Fällen schweijend am Stoe entlang rennt. Infolge dieser mangelhaften Aufsicht wird so mancher Differenz nicht beigelegt und wird der Grund f6r andere gelegt. Das Verhaltiss zwischen Steiger und Arbeiter wird immer gespannter. Großer Arbeiterwechsel ist die Folge und die Unfälle und Erkrankungsziffern werden dadurch ebenfalls beeinflusst. Alles in allem genommen kann man daher sagen, der Nutzen der technischen Fortschritte ist auf Seiten der Arbeitgeber. Ihre Gewinne sind ganz ungeheuer gestiegen. Aber der einzelne Arbeiter ist schlechter gestellt. Er muß heute mit viel schw6rigeren Verhaltissen als fr6her sein Brot verdienen. Seine Gesundheit wird viel mehr angegriffen als fr6herer Tod, wenn nicht durch Unfall, dann durch Krankheit ist die Folge.

Was aber f6r den Arbeiter gilt, gilt in noch viel schärferem Maße f6r die Steiger. Es ist ohne Zweifel, daß die Fortschritte der Technik seinen Beruf zu einem ganz ungesundem gemacht haben. Nicht nur, weil er heute viel mehr laufen und aufpassen muß wie fr6her, nein, auch die Verantwortung ist viel gr6er geworden, und alltäglich wird er wegen Vorantmissen zur Weichenshaft gezogen, die in den Fortschritten der Technik ihre Ursache finden.

Die Fortschritte der Technik brauchen jedoch diese Ergebnisse nicht zu zeitigen. Es k6nnte so manches besser sein, wenn die Heijagd nach Kohlen, die r6chtlose Antreiberei nicht wäre, die die Menschen gar nicht mehr zur Besinnung ihrer selbst kommen läst. Man hat zwar dem heutigen Grubenbetriebe noch nicht den Mantel der Wissenschaft umgehangen, wie es der Ingenieur Taylor so gut verstanden hat, der die Ausbeutung und das Antreiben der Arbeiter als einen Teil seiner wissenschaftlichen Betriebsf6hrung bezeichnet. Die Probe-Sauer-Kolonnen haben wir jedoch schon lange in der Grube, und deren Leistungen werden heute den Gebirgen auf immer mehr Leiden zugewandt. Die von diesen Probe-Arbeitern verdienten Mehrerl6hne wirken antreibend auf die anderen Kolonnen und veranlassen diese, das Arbeitstempo zu beschleunigen und auch die Dauer der Arbeitszeit so zu verlängern, daß die Gesundheit der Bergarbeiter sich mehr und mehr unergaben wird. Bei den meisten Arbeitern aber kommt die Erkenntnis, daß sie infolge ihres Mitantzens in dem wilden Rennen, in dem die Probearbeit als Vorläufer fungieren und das gem6inlauere Kapital durch seine Angef6hrtten die W6st markiert, sich selber schädigen, erst in dem Moment, wenn der H6rper vorzeitig zusammenbricht. Dann ist es aber zu spät. Es gibt auch nur ein Mittel, welches hier Abhilfe schaffen kann. Das ist das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterorganisation bei der Lohnsetzung und dem Arbeitstempo. Tarifverträge sind ganz allein imstande, die schweren Schäden, die der Gesundheit der Arbeiter durch die Fortschritte der Technik in Verbindung mit der Jagd nach Kohlen zugef6hrt werden, auf ein normales Maß zur6ckzuf6hren.

Effert und die Gelben.

Am 1. Oktober erschien eine Gelbendeputation im Verwaltungsbau des Bochumer Knappschaffvereins, die sich beim Direktor K6hne 6ber den Stand der Knappschaffreform und die Ansichten dessen, was die Unternehmer etwa zugestehen w6lsten, erkundigten, jedoch nichts Bestimmtes erfahrend konnten, weil die Verhandlungen damals noch v6llig auf dem toten Punkt standen. Ueber das Resultat brachte der "Werkverein", das Gelbenorgan, in Nr. 40 und 41 je einen längeren Artikel zur bevorstehenden Generalversammlung, worin der Nachweis gef6hrt werden sollte, daß die Forderungen der Streikgewerkschaften unerf6llbar seien. Der zweite Artikel enthielt eine eingehende Begr6ndung der Berechnung des Herrn Dr. Zimmermann und diente dem alleinigen Nachweis, daß die Pensionkasse tatsächlich 534 Millionen Mark Defizit hat und daß die Vergleiche bei einem solchen Stand der Kasse unm6glich eine Verbesserung der Renten erwarten, noch verlangen k6nnten. In dem ersten Artikel vom 1. Oktober wird gesagt, der sozialdemokratische Verband habe die Zweidrittelmehrheit, folglich seien die Vektesten der anderen Verbände in der Generalversammlung machtlos.

"Die besten Absichten k6nnen den nichtsozialdemokratischen Vektesten nichts n6tzen, wenn die Vektesten des alten Verbandes andere Absichten vertreten. Angesichts dieser Tatsache gewinnt es einen pikanten Beigeschmack, daß der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter zu der bevorstehenden Generalversammlung Anträge gestellt hat, die 6ber das Maß des von dem sozialdemokratischen Verbände Geworderten noch hinausgehen, obwohl der Gewerksverein genau weiß, daß seine Anträge glatt durchfallen, wenn sie nicht die Zustimmung der sozialdemokratischen Vektesten finden. Die sozialdemokratische "Bergarbeiter-Zeitung" k6ndigt allerdings schon an (in Nr. 39 vom 27. September), daß die roten Vektesten zunächst geschlossen f6r die weitergehenden christlichen Anträge stimmen wollen, um sich dann ebenfalls geschlossen auf die weniger weitgehenden Anträge zur6ckzugreifen." Man weiß zwar im alten Verband ganz genau, daß die Vektesten aus vern6nftigen Erwägungen heraus die radikalsten Forderungen des christlichen Gewerksvereins ablehnen werden, und deshalb zeigen die sozialdemokratischen Forderungen wenigstens bezuglich der Pensionkasse jetzt so etwas wie eine weiße Wagigung."

Das Gelbenorgan behauptet mit aller Bestimmtheit, die Christenf6hrer hätten genau gewußt, daß ihre Anträge glatt durchfallen, und sagt weiter, daß unsere Anträge etwas wie "weiße Wagigung" erkennen ließen, weil die Vektesten aus "vern6nftigen Erwägungen" die radikalsten Forderungen ablehnten. Aus "vern6nftigen Erwägungen" heraus m6chten die Vektesten alle Arbeiterforderungen ablehnen, folglich stellten die Gelben auch keine Anträge. Der "Werkverein" sagt weiter:

"Die Werkvereine stehen auf dem Boden der wirklichen Verhaltisse; sie stellen keine Forderungen aus agitatorischen Gr6nden, sondern sie pr6fen mit dem erforderlichen Ernst, wo die Dinge verbesserungsbed6rfzig sind und in welchem Anzuge nach Lage der Sache Verbesserungen 6berhaupt erreicht werden k6nnen. Es steht ja gewiß recht schon aus, wenn da in den Eingaben 15 und mehr Anträge aufzuarbeiten sind. Und es ist ja nicht geklärt, daß wohl die meisten Vergleiche zunächst sehr damit einverstanden sein w6rden, wenn diese Anträge angenommen werden w6rden. Aber vor den nackten Tatsachen der Wirklichkeit, vor dem ununzweifelhaften Ergebnis n6chterner Rechenexempel m6ssen solche W6nische Salt machen. Aus Werkvereinskreisen hat man deshalb keine Anträge zum Knappschaffstatut gestellt. Man hat es f6r richtiger gehalten, mit Arbeitgebern F6hlung zu suchen, ihnen die W6nische der Vergleiche zu k6hren und in eingehenden Verhandlungen zu versuchen, f6r die Vergleiche auf diesem Wege das zu erreichen, was zurzeit wirklich erreichbar ist."

Die gewerkschaftliche Allesodernichts-Politik machen die Werkvereine nicht mit. Sie haben erkannt, daß der Arbeiterkampf besser gedeiht ist, wenn auf dem Wege friedlicher Verhandlung im Sinne der Arbeiterwohlthat praktische Arbeit geleistet wird. Es glauben wir denn, annehmen zu d6rfen, daß verschiedene zurzeit erf6llbare W6nische der Arbeiter auf Arbeitgeberseite Verwirklichung finden werden. Sache des sozialdemokratischen alten Verbandes, der in der Generalversammlung des Knappschaffvereins die ausschlaggebende Mehrheit besitzt, wird es nun sein, daß er zu sorgen, daß der auf Arbeitgeberseite vorhandene Wille zur friedlichen Verhandlung nicht durch mangelndes Entgegenkommen an Seiten des Verbandes und ein haltarriges Festhalten an allen Forderungen ersch6ttert und damit die Arbeiterkassier schädigt wird."

1. Aus diesen Ausf6hrungen ergibt sich ganz zweifellos: Die Gelben haben keine Anträge gestellt, weil sie wußten, daß die Vektesten alle Anträge aus "vern6nftigen Erwägungen" ablehnten;
2. daß die Gelben 6ber Zugeständnisse der Vektesten gar nicht wußten, sondern nur "annahmen, glauben zu d6rfen", daß die Vektesten "verschiedene W6nische" verwirklichen w6rden;
3. daß es Sache des sozialdemokratischen Verbandes allein ist, wenn etwas erreicht wird.

Als die Generalversammlung dann ganz anders verlief, als die Gelben und Schwarzgelben erwartet hatten, langerten die Gelben eine Korrespondenz in die ihnen nahesteheende Schaffmacherspresse, in welcher sie "ein erhebliches Verdienst" an dem Zustandekommen des Kompromisses f6r sich in Anspruch nahmen. Diese Wichtigkeit erklären uns zu 6bern, und mit Recht nahmen wir an, daß nur komplette Narren oder bemitleidenswerte Dummk6pfe auf den Kohl anbeifen werden, also Leute, f6r die kein Kraut mehr wächst. Trotzdem "dementieren" wir in Nr. 43 vom 25. Oktober die gelben Aufsichtsbereine wie folgt:

"Um keine Legende entstehen zu lassen, erklären wir die Behauptung des "Werkvereins" vom 18. Oktober, wonach die Gelben die Br6de der Verhandlung gebaut und schon im voraus hätten aussprechen k6nnen, daß die Verbesserungen des Hausgeldes, Mindergeb6he usw. zugestanden w6rden, mindestens als Saluzitation, wenn nicht als großen Gewinn in der Wichtigkeit nur, daß eine gelbe Deputation im Verwaltungsbau mit dem Anknappschaffdirektor gesprochen hat, aber diese Deputation hat nicht den allermindesten Einfluß auf die Verhandlungen ausge6bt, und wie wenig die Gelben etwas hätten voraussagen k6nnen, erhellt am besten aus der Tatsache, daß die Verhandlungen bis zum 1. Oktober, zwei Tage vor der Generalversammlung, immer noch auf dem toten Punkt standen, und erst am 1. Oktober gaben die Vektesten nach, womit die Annahme des Kompromisses noch keineswegs gesichert war. Dieser Beschluß wurde erst etwa eine Stunde vor Beginn der Generalversammlung in unserer Mitteilungsenergie gefaßt, und konnten mithin die Gelben ebensolust gar nichts wissen, auch gar nichts voraussagen, h6chstens sich als wichtigstehende Prahnter lästig machen."

Die Gelben, die ja feinstes Gemein erbringen k6nnen f6r ihr angelegliches Mitwirken, schwiegen, aber f6r sie traten nun ihre "christlichen", "wirtschaftsfriedlichen" Streikbruchkonkurrenten auf, vor allen Johann Effert, der "Streikchef" von 1905. In Steele, Erle und anderen Versammlungen mite sich Effert mehr als je eine halbe Stunde im Schweije seines Christenangelegtes ab, nachzuweisen, daß die Gelben, nicht die Verbandsk6stler die Erfolge erzielt hätten. Um seinen Behauptungen noch den notwendigen Nachdruck und die erforderliche "Beweiskraft" zu verleihen, bestellte Effert, er habe mit einem Bechendirektor gesprochen, der habe ihm bestätigt, daß die Knappschaffreform den Gelben zu verdanken sei. Nachdem die Vektesten mit den Gelben einig geworden seien, hätten sie den Verbandsk6stler davon Mitteilung gemacht und den Kompromissvorschlag vorgelegt. Viele Kameraden riefen zwar: "Hannes, Du spinnt ja", aber das sieht Effert nicht an, weil die "Bergarbeiter-Zeitung" die Mitteilung der Gelben nicht "dementiert" habe. Effert weiß zwar genau, daß wir die Gelbenmitteilung sofort "dementiert" haben und daß das "Dementi" auch in der politischen Arbeiterpresse des Ruhrreviers gestanden hat, aber Effert verkehrt und unterhält sich mit Bechendirektoren, deren Urteil ihm maßgebend ist. Ein radikaler Gewerkschaftsf6hrer, ein radikaler Generalstreikredner verkehrt in den Kreisen der Bechendirektoren und belegt in 6ffentlichen Versammlungen seine Anschauungen durch Urteile und Entschaden einzelner Bechendirektoren. Wirklich, sehr nett!

Wir kennen Effert und wissen, daß er seit Jahren an Saluzitationen leidet, aber da sein Zustand recht harmlos ist, haben wir ihn in seinem "Verkehr" mit "seinen Bechendirektoren" nicht gest6rt und w6rden ihn auch in Zukunft nicht st6ren, wollte er beiseiten in seinem Streikbruchgewerksverein von seinem Verkehr mit Direktoren reden. Es gibt Menschen, die an Sinnesverwirrung und Sinnesstauung leiden und die sich einbilden, mit Heiligen im Himmel oder mit großen Staatsmännern im direkten Verkehr zu stehen, obwohl das gar nicht m6glich ist. So konnten wir fr6her einen 6bergeschnappten Studiosus theologiae, der mit dem heiligen Willibrord zu Christusmach und Wismar zugleich im direkten m6ndlichen Verkehr stand, ohne Wismar noch den heiligen Willibrord jemals gesehen zu haben. In einem ähnlichen Zustande befindet sich Effert. Während des Streiks 1905, wo Effert auch unser "Chef" war und wir mit ihm zusammenkommen mußten, hat er uns mehrfach versichert, der Kaiser interessiere sich lebhaft f6r ihn und m6chte ihn (Effert) gerne kennen lernen! Der Kaiser und nicht minder Prinz Wilow interessierten sich damals recht lebhaft f6r den großen Generalstreikchef Effert und konnten kaum noch schlafen vor lauter Ungeduld, den gr6ten Mann des Jahrhunderts kennen zu lernen. 1908 kam Effert nach Voithringen, um das Oberkommando der "christlichen" Streikarmee zu 6bernehmen, und schon in der ersten Versammlung erklärte er, daß er mit dem Generaldirektor FlaLe gesprochen und dieser ihm einige Zugeständnisse gemacht habe. Damals mußten wir den Direktorenfreund Effert gegen seine eigenen Mitglieder in Schutz nehmen und diesen sagen, daß Effert nur einen "Witz" habe machen wollen. Auf der Konferenz in Oberhausen 1910 belegte Effert seinen Standpunkt mit dem "Zengnis" eines Generaldirektors, mit dem er kurz vorher gesprochen hatte! Der Kaiser interessiert sich f6r Effert, Bechendirektoren suchen ihn auf und holen sich Rat bei ihm, folglich geh6rt er nicht mehr in unsere Kreise. Effert ist zu "hoch" gestiegen und dahin k6nnen ihm unsere Kameraden nicht folgen.

Effert ist auch der "Mathematiker" des Streikbruchgewerksvereins, der ausgerechnet hat, daß im Bochumer Knappschaffverein das Verm6gen pro Mitglied in 200 Jahren 264 000 Mark betragen w6rde. Eine solche Rechnung bringt kein vern6nftiger Mensch fertig und nur ein Verriickter konnte sie vorfertigen. Wir mußten nach dem Auftreten Efferts unseren Mitgliedern zeigen, wie es mit der knappschafflichen Tätigkeit der Gelben bestellt ist und wie es mit der geistigen Verfassung des neuesten Gelbenagitators aussieht. Wegen die Gelben Effert zum Christentum ernennen, wir beneiden sie nicht darum und w6nschen unserem ehemaligen "Chef" viel Gl6ck zu noch h6herem Emporkommen.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Der Reijsetat f6r 1914.

In einer Sonderausgabe ver6ffentlicht die Norddeutsche Allgemeine Zeitung den Entwurf f6r den Reichshaushalt und f6r den Haushalt der Bundesstaaten auf das Rechnungsjahr 1914. Der ordentliche Etat schließt in Einnahme und Ausgabe mit 3 403 011 671 Mark ab. Das sind 174 387 044 Mark weniger als im vorjährigen Entwurf. F6r die Durchf6hrung der Wehrvorlage sind eingeseht: 152 782 119 Mark an dauernden und 268 820 871 Mark an einmaligen Ausgaben, im Summa also 421 602 990 Mark. Zur Deckung dient zunächst der fällige Teil des Wehrbeitrages im Betr. von 308 820 871 Mark. Die Z6lle, Steuern und Geb6hren sollen einen Mehrertrag liefern von 12 582 037 Mark; an Leberz6llen sind veranschlagt: Reichspost 100 321 981 Mark (weniger gegen 1913: 12 513 185 Mark); Reichsbruderei 3 324 225 Mark (mehr 143 500 Mark); Reichsbahnbeitrage 20 212 069 Mark (weniger 1 179 820 Mark); Paulwesen 15 271 006 Mark (mehr 1 071 000 Mark). Die Reichsbahnbeitrage bringen — 80 Prozent — 51 940 794 Mark. Die Bemessung dieser Beiträge ist der Stand der Bev6lkerung im Jahre 1910 zugrunde gelegt.

Zur Schulberichtigung werden bereitgestellt bei der Reichsbahn 4411 105 M., Eisenbahnverwaltung 742 700 M., Schutzhütten 54 000 M., Eisenbahnverwaltung 201 092 M., aus allgemeinen Reichsmitteln 88 414 800 M. Die Reichsbahn soll die Schulberichtigung im März 1914 auf 4 805 796 200 M. Diese Schulberichtigung kann, wenn alle noch offenen Kredite begeben werden, bis zum 31. März 1914 steigen auf 5 200 000 000 M.

Die hauptsächlichsten Einnahmequellen sind, abgesehen von der Reichsbahn und der Eisenbahnverwaltung, von welchen beiden nur die Lieferkassen der Reichsstelle aufzählen:

Stelle	712 030 000 M.
Tabaksteuer	10 870 000 "
Alkoholsteuer	39 202 000 "
Industrie	103 252 000 "
Salzsteuer	81 144 000 "
Erntesteuer	183 065 000 "
Grundsteuer	128 050 000 "
Verkehrssteuer	15 846 000 "
Grundsteuer	21 045 000 "
Steuern	825 000 "
Spielsteuern	1 070 000 "
Spezialsteuern und Wechselstempel	21 132 000 "
Reichs-Stampfabgaben	250 000 000 "
Gewerbesteuer	50 000 000 "
Wehrbeitrag	303 820 871 "

An der Spitze der fortwährenden Ausgaben steht die Verwaltung des Reichsheeres mit 571 805 780 M., Verwaltung der Marine mit 221 082 017 M., Allgemeiner Vermögensfonds mit 145 270 020 M.

Die fortwährenden Ausgaben betragen 1 238 145 328 M.

Zu kommen einmalige Ausgaben:

Verwaltung des Reichsheeres	144 824 018 M.
Verwaltung der Marine	287 470 550 "
Zusammen	582 302 598 M.

Die Marine haben dann noch im außerordentlichen Etat 20 410 000 M., so daß die Militärausgaben insgesamt 1 840 855 924 M. betragen. Nicht berücksichtigt sind hierbei die Kosten für das Reichsmilitärgericht und über die anderen Ausgaben. Die anderen Ausgaben des Reichs verschwinden fast diese Millionen gegenüber. Es erfordern insgesamt:

Reichsamt des Innern	110 068 174 M.
Reichsjustizverwaltung	2 807 805 "
Auswärtiges Amt	21 065 837 "
Reichsfinanzamt	47 004 348 "
Reichs-Kolonialamt	20 832 489 "

Der öffentlichen Etat der Schutzgebiete bezieht sich in Einnahmen und Ausgaben auf 110 123 298 M., der außerordentliche Etat auf 57 014 477 M., die Schutzgebietsämter auf 10 520 363 M., der gesamte Etat der Schutzgeb. beträgt 177 657 138 M.

Die Reichsausschüsse an den Schutzgebieten belaufen sich im kommenden Etatsjahr auf 30 705 642 M.

Das Auswärtige Amt schafft einige neue Konsulate im Ausland, wandelt niedrigere Stellen in höhere um und spendet den Postämtern eine kleine Liebesgabe. Es werden nämlich 650 000 M. neu gefordert.

Vom Kartoffelmarkt.

Die Ergebnisse der diesjährigen Kartoffelernte sind anscheinend noch bedeutend günstiger als man nach den Berichten über den Saatstand und den Verlauf der Ernte erwartet hatte. Es ist deshalb zu hoffen, daß die ohnehin schon wesentlich ermäßigten Kartoffelpreise noch weiter zurückgehen werden. Durch die Abhängigkeit des deutschen Kartoffelmarktes vom Ausland, die als Folge der schlechten Ernte des Jahres 1911 im Jahre 1912 so schief herantret, dürfte auch das diesjährige Ernteresultat wieder stark vermindert werden. Die Ernte und Ausfuhr an Kartoffeln in den ersten neun Monaten der Jahre 1911 bis 1913:

Jan.-Sept.	Einfuhr		Ausfuhr	
	Menge in Doppelzentner	Wert in Mill. M.	Menge in Doppelzentner	Wert in Mill. M.
1911	3 112 053	19,574	2 482 750	15,585
1912	0 218 100	40,772	818 946	1,850
1913	2 459 389	14,300	1 037 703	10,700

Somit ist die Einfuhr in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres um 8 758 727 Doppelzentner gegenüber der Einfuhre der entsprechenden Monate des Vorjahres zurückgegangen. Der Wertunterschied dieses Importrückgangs beläuft sich auf 20,40 Mill. Mark. Gleichzeitig ist in denselben Monaten die Exportmenge um 1 019 847 Z. in Verhältnis zu den vorjährigen Vergleichsmonaten gestiegen. Der Wert dieser Zunahme beträgt 8,50 Mill. M. Die Preisbewegung nahm in den Jahren 1909 bis 1913 folgenden Verlauf. Es folgten 1909 Mg. Doppelzentner in Markt:

	September	1909	1910	1911	1912	1913
Berlin, inländisch	40,-	43,33	68,67	45,-	49,-	49,-
Breslau, inländisch	38,-	34,-	70,-	22,-	19,-	19,-
Magdeburg, inländisch	32,-	45,-	68,-	37,66	20,-	20,-
Stettin, inländisch	40,-	43,33	65,-	45,-	37,50	37,50
Weiche	37,50	40,-	65,-	45,-	37,50	37,50

Es wäre zu wünschen, daß das günstige Ergebnis der Kartoffelernte in der Hauptfrage dem deutschen Konsum zugute käme.

Aus unseren Rechtskammerbüros.

Ein Bergschiedsgerichtsurteil, das die Bergarbeiter allen Schikanen ansieht.

Der Bergmann K. war auf den Freiberger Bergbauern Verein (Stützpunkt) in Arbeit. Er wurde am 17. Juli d. J. kündigungslos entlassen, da er sich weigerte, Berge (Steine u. m.) die man in von ihm geforderten Kosten gefunden hatte, teilweise wieder in die Grube mitzunehmen. Er klagte nun auf Auszahlung des Lohnes für die tätige Mündigungszeit, seine Arbeit damit begründend, daß nach § 60 Abs. 1 der Allgemeinen Bergpolizei-Vorschriften das Fahren auf dem beladenen Fördergerüst verboten sei. Wenn er die Berge mitnehme, so sei das Produktivitätsförderung und er dürfe dann nicht mitfahren. Auch könne es sehr wohl vorkommen, daß der mitgenommene Sad in die Grube falle und jemanden verletze. Ferner erkläre er in der Anordnung des Werkes eine Schikane und empfinde sie als eine Strafe, die in der Arbeitsordnung nicht vorgesehen sei; wenn er der Anordnung nachgekommen wäre, würde ihm das den Lohn und Spat seiner Kameraden eingetragen haben.

Demgegenüber machte die Beklagte geltend, daß in einem Grunde mit circa 500 Mg. Inhalt 81 Mg. Berge gefunden wurden. In der Anordnung der Betriebsleitung, die Berge wieder in die Grube mitzunehmen, könne kein Verstoß gegen die Allgemeinen Bergpolizeivorschriften erlitten werden, denn wenn diese nicht jedes Mitglied jedes Mittelnahmens von Gege-Fänden in die Grube verhalten. Auch eine Strafe sei in der Anordnung nicht zu erblicken und ebensowenig eine Maßregel, die den Zweck habe, die Arbeiter zu schikaneieren oder lächerlich zu machen. Die Grube habe für die Berge über Tage keine Verwendung, namentlich könnten sie nicht auf die Halde geführt werden, weil sie vielfach noch mit Kohleteilen durchsetzt seien und daher zu Haldebränden Veranlassung geben könnten. Deshalb würden auch auf Grundausfuhr seit mehr als zwei Jahren die Berge nicht mehr auf die Halde geführt, sondern sämtlich in die Grube zurückgebracht. Es sei daher eine durchaus sachgemäße, im Interesse begründete Anordnung, wenn die Arbeiter, von denen sich seitlichen laße, daß durch ihr Verhalten in unersättlichmäßig großer Menge Berge gefördert werden, dazu angehalten würden, diese in die Grube zurückzuführen. Daß man nur in Ausnahmefällen zu dieser Maßregel greife, besonders dann, wenn mit Warnungen und Geldstrafen keine Abhilfe zu erzielen sei, könne der Maßnahme nicht den Charakter einer Strafe geben. Sie sei vielmehr dazu bestimmt, eine Verzögerung unnötig zu machen. Die Maßregel sei bereits seit etwa 7 Jahren auf der Grube eingeführt und schon in hunderten von Fällen anstandslos angewendet worden. Erst in neuester Zeit beobachte man, daß die Arbeiter sich ihr widersetzen, weil sie von ihren Kameraden beim Transport der Berge in der Grube gehänselt würden.

Der Bergmann K. wurde mit seiner Klage vom Bergschiedsgericht freigesprochen am 4. Oktober 1913 abgeurteilt. Die Begründung des Urteils besagt, wenn der Kläger bei jeder Anfahrt nur eine kleine Anzahl mitgenommen hätte, so wäre darin keine Verletzung des Arbeitsschutzes im Sinne der betriebsrechtlichen Bestimmungen zu erblicken gewesen. Ein Fortfallen der Fraglast sei bei nur einigermaßen vorichtigem Verhalten des Klägers ausgeschlossen gewesen. Ueber die Zufälligkeit dieser Art der Zurückführung der Berge konnte sich der Kläger umfänglich im Zweifel sein, als ihm der Betriebsleiter diese Art der Einbringung sicher nicht vorgeschrieben haben würde, wenn damit eine Betriebsgefahr verbunden gewesen wäre. Außerdem konnte das Werk, da ein Verbot des Klägers vorlag, gemäß § 89 Abs. 1 letzter Satz des Allgemeinen Berggesetzes verbunden mit § 280 Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs Schadenersatz fordern. Nach § 249 des B. G. hat derjenige, der zum Schadenersatz verpflichtet ist, den Zustand herzustellen, der bestehen würde, wenn der zum Ersatz verpflichtete Umstand nicht eingetreten wäre.

Aus diesen und noch anderen Gründen wurde der Bergmann K. abgewiesen.

Besonders bewundern wir die Ansicht des Bergschiedsgerichts, welches fest davon überzeugt ist, daß der Betriebsleiter die Befehle gibt, wodurch eine Betriebsgefahr verbunden ist. Das praktische Leben erzählt uns aber etwas anderes. Auch die Berufung auf das B. G. ist verfehlt und nicht in der Weise anwendbar wie das Bergschiedsgericht dies tat. Das Urteil ist von größter Bedeutung für die Bergarbeiter und bietet der Willkür der Beamten freien Spielraum, sehr zugleich den Bergarbeiter den größten Schikanen aus. Tagtäglich passiert es Tausenden, daß sie in der herrschenden Dunkelheit Berge mitnehmen. Man könnte nun nach diesem Urteile all diese jungen, die Berge bei der Anfahrt wieder teilweise mitzuführen und dort hin zu tragen, wo sie geladen wurden. Weigern sich die Leute, diese lächerliche Arbeit auszuführen, könnte man sie dem Urteile gemäß entlassen. In den letzten Jahren ist wohl kein Urteil gefällt worden, das solch einschneidende Bedeutung für die Bergarbeiterschaft hat, wie dieses und zugleich allen Schikanen Tor und Tür öffnet.

Ein kleiner Widerspruch.

In dem Geschäftsberichte des Reichsversicherungsamtes "Mittliche Nachrichten" Nr. 2 vom 1. Februar 1913 wird mitgeteilt, daß 1912 381 Witwen- und Waisenrenten, 110 Waisenrenten, 18 082 Waisenrenten, 418 Fälle Witwengeld und 109 Fälle Waisenaussteuer bewilligt sind.

In den Reichshaushaltsrechnungen für 1912 wird mitgeteilt, daß zur Deckung des Reichsausschusses 770 463,00 M. aus dem bekannten Reimborn-Fonds entnommen sind.

Der Reichsausschuss beträgt nach § 1285 der Reichsversicherungsordnung für jede Witwenrente 50 M., für jede Waisenrente 25 M., für jeden Fall Witwengeld 50 M., und jede Waisenaussteuer 107 1/2 Mark. Also für

Witwenrenten	418 x 50, = 209 000 M.
Waisenaussteuer	108 x 107 1/2 = 1 800 "
	207 700 M.

Nachfolgend blieben für Renten 562 763,00 M.

Da die Renten monatlich ausbezahlt werden und nur von dem Tage an, an dem der Versicherte verstorben ist, so verteilt sich der Betrag der Rente über das ganze Jahr. Man rechnet mit solchen Renten, die am 1. Januar beginnen, solche Renten gegenüber, die am 31. Dezember beginnen, in der Regel, daß der halbe Jahresbeitrag zur Ansammlung kommt. Man müßte nach dieser Rechnung für jede Witwenrente 25 M. und für jede Waisenrente 12,50 M. einrechnen. Aber

8 821 x 25, = M. in	220 525 M.
und 13 962 x 12,50 M. in	174 525 "
	272 450 M.

Es sind aber 200 308,00 M. mehr ausgegeben. Selbst wenn alle Renten am 1. Januar, also mit Inkrafttreten des Gesetzes begonnen hätten und jede Witwe im Jahre 1912 50 M. und jede Witwe 25 M. Reichsausschuss erhalten hätte, dann wären nur

190 050 M. Reichsausschuss zur Witwenrente und	
140 050 M. Reichsausschuss zur Waisenaussteuer	
340 100 M. erforderlich gewesen.	

Wofür sind die 28 858,00 Mark ausgegeben?

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Ueber die Festlegung der neuen Kohlenpreise

Schreibt die "Rheinisch-Westfälische Zeitung":

Nachstehend veröffentlichten wir die bekanntlich in der letzten Beiratung des Kohlenpreiskomitees festgesetzten gültigen Kohlenpreise für Kohlen, Koks und Weißkoks, die bekanntlich nicht die Verkaufspreise sind, aber als Grundlage für die Berechnungs- und Verkaufspreise dienen. Abgesehen von den Preisen für Sozialkohle und Sozialkoks gelten die neuen Kohlenpreise für das ganze Abfahrtsjahr 1914/15, also vom 1. April 1914 bis 31. März 1915. Für Sozialkohle und Sozialkoks gilt indes die Zeit vom 1. Januar bis 30. September 1914. Die Kohlenpreise für Sozialkohle wurden um 1,50 M. und für Sozialkoks um 1 M. für die Zone ermäßigt. Für die übrigen Kohlen wurden Preisermäßigungen von 0,75-2,00 M. beschlossen. Die Kohlenpreise für Koks wurden in der Zone von 0,50-1,00 M. und für Weißkoks von 0,50-0,75 M. die Zone herabgesetzt.

1. Feinkohlen.

Förderergüßkohle	alte neue	alte neue
Förderergüßkohle (25% St.)	11,- 10,25	Stückkohlen III 13,25 12,75
Mel. Kohlen (40% St.)	12,50 12,-	Gewasch. Stückkohlen I 14,25 13,75
Bestm. Kohlen (50% St.)	13,- 12,50	II 14,25 13,50
Förder-Schmiedekohlen	12,60 12,-	IV 13,75 13,-
Mel. Schmiedekohlen	13,- 12,50	V 13,25 12,25
Stückkohlen I	14,- 13,50	Feinkohlen 10,25 9,25
Stückkohlen II	13,50 13,-	Kokskohlen 13,25 12,25

2. Gas- und Gasflammkohlen.

Förderergüßkohle	10,75 10,-	Gewasch. Stückkohlen II 14,25 13,75
Flammförderkohlen	11,50 11,-	III 14,25 13,50
Gewaschenerförderkohlen	12,50 11,75	IV 13,75 13,-
Gewaschenerkohle	13,- 12,50	V 13,- 12,-
Gasförderkohle Sommer	12,50 12,-	Lungwasch. Stückkohlen I 13,75 13,-
Winter	13,50 13,-	Stückkohlen über 30 mm 10,50 9,75
Stückkohlen I	14,- 13,50	bis 30 mm 9,50 8,75
II	13,50 13,-	Lungwasch. Feinkohlen 8,- 7,-
III	13,25 12,75	Gewasch. Feinkohlen 10,25 9,25
Gewasch. Stückkohlen I	14,25 13,75	

3. Eßkohlen.

Förderergüß (10% St.)	11,- 10,25	Gew. Stückkohlen I Winter	17,75 17,25
Förderergüß m. 25% St.	11,50 10,75	Gew. Stückkohlen II Sommer	16,- 15,50
Bestm. Kohlen m. 50% St.	12,- 11,25	Gew. Stückkohlen III Winter	17,75 17,25
Stückkohlen	12,50 12,-	Gew. Stückkohlen III Sommer	14,50 14,-
Stückkohlen	14,25 14,25	Stückkohlen IV	14,- 13,25
Knabbelkohlen	14,75 14,75	Feinkohlen	9,50 8,50
Gew. Stückkohlen I Sommer	16,75 16,25		
Winter	18,25 17,75		
Gew. Stückkohlen II Sommer	16,75 16,25		
Winter	18,25 17,75		
Gew. Stückkohlen III Sommer	14,50 13,75		
Winter	14,- 13,25		
Feinkohlen	8,- 7,-		

4. Magerkohlen.

a. Deutsches Revier.	b. Westfälisches Revier.		
Förderergüß (10% St.)	10,25 9,50	Förderergüß (10% St.)	10,- 9,25
(25% St.)	11,50 10,75	Förderergüß (25% St.)	11,25 10,50
(35% St.)	12,- 11,25	(35% St.)	11,75 11,-
Bestm. Kohlen (50% St.)	12,50 12,-	Mel. Kohlen (45% St.)	12,25 11,75
Stückkohlen	14,25 14,25	Stückkohlen	15,- 14,75
Knabbelkohlen	14,75 14,75	Gew. Stückkohlen Sommer	18,25 17,75
Gew. Stückkohlen I Sommer	16,75 16,25	Winter	20,75 20,25
Winter	18,25 17,75	Gew. Stückkohlen Sommer	22,25 21,75
Gew. Stückkohlen II Sommer	16,75 16,25	Winter	24,75 24,25
Winter	18,25 17,75	Gew. Stückkohlen III Sommer	18,25 18,-
Gew. Stückkohlen III Sommer	14,50 13,75	Winter	18,25 18,-
Winter	14,- 13,25	Gew. Stückkohlen III Sommer	14,- 13,50
Feinkohlen	8,- 7,-	Gew. Stückkohlen IV (8/15 mm)	12,50 11,50
		Angew. Feinkohlen	6,75 6,75
		Gew. Feink. (6,7% Waße)	8,50 7,50

5. Kofa.

Hochfeinkohle I Sorte	18,50 17,-	Bredstoffs III über 20mm	14,50 14,50
II	17,50 16,-	Bredstoffs IV unter 20 mm	10,- 8,50
III	16,50 15,-	Halb gefeierter- und halb gedrogener Kofa	18,- 16,50
IV	19,- 17,50	Knabbelkofa	17,- 16,-
		Reinkofa, gefeiert	14,50 13,50
		Reinkofa, gefeiert	9,50 8,-
		Kofa	2,50 1,75

6. Brifeite.

I Sorte	14,50 13,75	III Sorte	11,75 11,-
II Sorte	13,50 12,75		

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Arbeitslosenversammlungen in Berlin.

Schon im Sommer d. J., zu einer Jahreszeit, in der sonst allgemein eine gute Geschäftslage herrschen soll, stellten drei große Arbeitslosenversammlungen die Forderungen an die Stadterhaltung, rechtzeitig Vorkehrungen zu treffen, um der Not und dem Elend unter den Arbeitern zu steuern, die durch die Arbeitslosigkeit über sie hereinbrechen würden. Damals schon wurde nach einer zuverlässigen Schätzung die Zahl der in Berlin vorhandenen Arbeitslosen auf 50 000 angegeben. Für die Wintermonate wurde das schlimmste befürchtet. Die Arbeitslosigkeit ist denn auch bis Mitte November so stark angewachsen, daß rund 84 000 Arbeitslose in Groß-Berlin vorhanden sein werden.

Am 25. November, fast zu der gleichen Zeit, zu der der Reichstag eröffnet wurde, der sich bald mit dieser Frage beschäftigen wird, hatte die Berliner Partei, und Gewerkschaftsleitung sechs große Versammlungen einberufen, in denen die Arbeitslosen ihre Forderungen an Reich, Staat und Kommune erhoben. Die Versammlungen waren alle überfüllt, Tische mußten entfernt werden, um den Zutrommenden Platz zu schaffen. Im letzten Unterteil der Versammlungsorte waren zahlreiche Schuttmannschaften, mit dem unermüdbaren Bewusstsein unparteiisch, heftig und Kadaverpatronen sorgten für schnellen Rapport über den Stand der Dinge. Liegende Schuttmannschaften mit starkem Aufbruch waren in der Nähe der Versammlungsorte stationiert. Die Arbeitslosen entfernten sich nach dem Verlassen der Versammlungen in kurzer Zeit aus der Nähe der Versammlungsorte. In den Versammlungen, die alle außerordentlich stark besucht waren, wurde eine gleichlautende Resolution angenommen, in der gefordert wird, daß Reich, Staat und Kommune notwendige Arbeiten sofort vergeben sollen, daß eine Arbeitslosenversicherung zu schaffen sei, an deren Verwaltung die Arbeiter teilnehmen und daß bis dahin die Kommune die Pflicht tragen, eine Arbeitslosenunterstützung einzuführen.

Aus der Genossenschaftsbewegung.

Warnung vor der irreführenden Aktion der öffentlichen Lebensversicherung.

Unter dieser ungewöhnlichen Überschrift veröffentlicht die "Deutsche Versicherungs-Presse" in ihrer Nr. 45 "eine zusammenfassende, sachliche Widerlegung der mehr als tendenziösen und falschen Behauptungen des von dem Verbande öffentlicher Lebensversicherungsanstalten in Averboden von Exemplaren in Deutschland verbreiteten Hauptflugblattes". Das genannte Blatt legt nach dieser Einleitung:

"Die weitesten Kreise des Publikums, deren materielle Interessen mit der vorliegenden Frage aufs engste verknüpft sind, haben ein unbedingtes Recht auf Aufklärung über die Behauptungen, die bis auf jedes einzelne Wort neugierig darauf berechnet sind, das Publikum über die wirklichen Verhältnisse hinwegzuführen und die teilweise recht zweifelhafte Sache der "Öffentlichen" in dem vollkommensten Lichte erscheinen zu lassen."

Diese überwiegenden Vorwürfe werden dann in dem sehr ausführlichen Artikel eingehend begründet mit einer Beweisführung, die es dem Leser der "Öffentlichen" unmöglich macht, dagegen aufzukommen. Die finanzielle Unsicherheit, die geschäftliche Unzulänglichkeit und unrichtige Propaganda der "Öffentlichen" ist nach diesen Darlegungen derart, daß ihr Vater, der Herr Generaldirektor Dr. P. P., allen Grund hat, gegenüber der "Volkswirtschaft" mit ihrer weit überlegenen, klaren und überprüflichen Einrichtungen höchst ruhig zu sein.

Für die Versicherten ist am bedenklichsten und gefährlichsten die mangelnde finanzielle Sicherheit, die bei den "Öffentlichen" durch die mehr als zweifelhafte Finanzgebarung dieser Anstalten liegt. Diese finanzielle Unsicherheit ist bei den dem Kaiserlichen Justizamt unterstellten Gesellschaften ausgeschlossen. Bei diesen muß das gesamte Grundkapital in seinem vollen Betrage in die Bilanz eingestellt werden, darf vor Eröffnung des sonst noch verfügbaren Fonds nicht angegriffen werden und gilt als Garantie zur Deckung der Ansprüche der Versicherten. Anders ist das bei den öffentlich-rechtlichen Anstalten, die nicht dem Kaiserlichen Justizamt, sondern dem preussischen Ministerium unterstehen. Wie die "Deutsche Versicherungs-Presse" schreibt, beträgt ihr Stammkapital nur je eine Million Mark, braucht nicht mit diesem vollen Betrage, sondern nur immer mit dem jeweiligen Kurswert in den Bilanzen nachgewiesen zu werden und kann außerdem noch zu Gründungs-, Einrichtungs- und Betriebszwecken Verwendung finden. Diese eigenartigen Verhältnisse haben schon zu der höchst bedenklichen und für die Versicherten äußerst betrübenden Konsequenz geführt, daß das in dem Flugblatt ausgewiesene Stamm- und Garantiekapital von je einer Million Mark Ende 1912 bereits auf nur 63 Prozent, also auf nicht ganz zwei Drittel seines ursprünglichen Wertes herabgesunken ist!

Geht man nicht sehr das Flugblatt sein Urteil über diese Verhältnisse in folgenden Satz zusammen: "Wenn man ausgeht, derartiger Tatsachen im Zusammenhang mit der Haftung der Anstalten die Kapitalunterlagen der öffentlichen Lebensversicherung unter Einbeziehung eines öffentlichen Kapitals von 3 Millionen Mark von der "Deutschen" mit 9 Mill. Mark angibt, dann grenzt das geradezu an ein triviales Spiel mit dem guten Glauben eines nicht unterrichteten Publikums."

Es ist bei dieser Situation kein Wunder, daß der wahre Charakter der "Öffentlichen" in immer weiteren Kreisen klar erkannt wird als der einer rein politisch-agrarischen Institution. So gibt auch ein Fachmann in der "Berliner Vorfrühzeitung" (3. Beilage zu der Nr. 384 vom 13. November 1913) über die "Öffentlichen" folgenden Urteil ab:

"Die Sozialisten (wie die öffentlich-rechtlichen kurz bezeichnet werden) sind bekanntlich das Werk des preussischen Großagrarismus und eigens errichtet zur Wahrung seiner wirtschaftlichen Macht. Wie haben in den Sozialisten in erster Reihe agrarische Lebensversicherungsanstalten zu erblicken, und bei ihnen sein Leben versichern, heißt gleichzeitig, deren Interessenpolitik fördern. Dem größten Teil des deutschen Volkes liegt aber begreiflicherweise alles andere mehr am Herzen als das! Mit der fortwährenden Aufklärung der Bevölkerung über das wahre Wesen der Sozialisten vom politischen Standpunkt aus, bricht sich naturgemäß in allen anderen Berufsreisen, also bei den Städten sowohl als bei der kleinen Bevölkerung des platten Landes, mehr und mehr die Erkenntnis Bahn, daß sie durch Lebensversicherungsanstalten bei den Sozialisten eine ihren eigenen Interessen feindliche Politik treiben würden."

Da die deutschen Arbeiter in ihrer großen Mehrheit genügend politischen Scharfsinn haben, um den agrarischen Charakter der "Öffentlichen" ebenso zu erkennen, wie den privatrechtlichen Charakter der "Deutschen Volk", sind sie nicht darüber im Zweifel, daß sie die von den deutschen Gewerkschaften und Genossenschaften gegenüber der Volksfürsorge als die Gesellschaft zu betrachten haben, bei der sie sich und die Äbrigen verpflichten und für deren Ausbreitung und Stärkung sie zu arbeiten verpflichtet sind.

Internationale Rundschau.

Erfolg des französischen Protestkrets.

Der Streik der Bergarbeiter des nordwestlichen Kohlenreviers ist erfolgreich beendet. Am 21. und 22. November war der Streik vollständig. Die Zahl der Streikenden mag an 100 000 betragen haben. Die Regierung, die an das Komitee der Internationalsorganisation herantreten war, wurde von diesem mit kaum verhohlenen Spott abgewiesen. Das war am 19. November. Die Aushebung des Streiks trotz der Majestät von Militär und Gendarmerie, die zur Aufrechterhaltung der Freiheit der Arbeit in das Streikgebiet geschickt worden waren, die drohende Gefahr, daß der Streik sich in die Länge ziehen und die Forderungen der Streikenden sich erhöhen würden, schließlich die Gefahr, daß der Streik sich auch auf die übrigen Kohlenreviere ausbreiten und die Gefahrenarbeiter sich weigern würden, englische Kohle zu verladen, bewegte die Kohlenbarone zum Einlenken. Am 22. November fanden in Douai zwischen der Streikleitung und den Vertretern der interessierten Werke Verhandlungen statt, an denen auch der Präsiß des Departements Pas-de-Calais als Vertreter des Arbeitsministers teilnahm.

Nach mehrstündigen Verhandlungen kam schließlich folgende Erklärung der Internationalsvertreter zustande:

Am ihrem Wunsch einer Verständigung mit der Föderation der Bergarbeiter des Nordens Ausdruck zu geben und um einem allen Interessen schädlichen Konflikt ein Ende zu machen, erklären die Vertreter der Kompagnie, daß bis zur Verklärung des Gesetzes, das gegenwärtig den Beratungen des Parlaments unterliegt,

Seine Schlichtungsverlängerung gemacht werden wird und daß seine Entlassung wegen Streikfertigkeit vorgenommen wird.

Das war ein voller Erfolg der Streikbewegung, die ausgebrochen war wegen der langen Schichten und weil der Senat durch die Zulassung von 150 Überstunden diesen Mißbrauch gewissermaßen sanktionierte. Damit war zugleich die Garantie gegeben, daß der Senat die Verletzung des Gesetzes nicht auf die lange Bank schieben wird, daß jedenfalls bis zur Verklündung des Gesetzes dem Unwesen der langen Schichten ein Ende gemacht ist.

Die Mehrheit der Versammlungen stimmte diesem Beschluß auch bei. In engen Otzen jedoch wurde lebhaft gegen das Abkommen protestiert und die Wiederaufnahme der Arbeit abgelehnt. Am Montag, den 24. November, streikten noch etwa 15 000 Mann. Inzwischen ist die Arbeit in vollem Umfange wieder aufgenommen worden.

Die Ursache dieser Mißstimmung der Arbeiter liegt in dem Zwist innerhalb der Organisation, der zwar schon alt, seit langem aber wieder akut geworden ist. Auf dem Kongress in Ingers (Frühjahr 1911) wurde die Leitung des Bergarbeiterverbandes mit der Durchführung der alten Forderungen — Revision der Pensionsversicherung auf Grund der Selbstversicherung und eine Pension von 2 Franken täglich mit dem 50. Lebensjahre nach 35jähriger Beitragsleistung, ferner Revision des Unfallversicherungsgesetzes und dessen strikte Anwendung auf alle Bergarbeiter — beauftragt. Beide Gesetze wurden von der Deputiertenkammer im Sommer 1912 auch schließlich angenommen, wobei zwar nicht alle, aber doch die hauptsächlichsten Forderungen der Bergarbeiter berücksichtigt wurden. Bei dem Gesetz über die Altersversicherung wurde jedoch auf Antrag des Vertreters der Bergarbeiter und — des Abgeordneten R. A. L., Vorsitzenden des Bergarbeiterverbandes von Bas-de-Calais, ein Paragraph angenommen, der die Bergwerksbesitzer ermächtigt, bei Zahlung eines Teiles der Arbeiterbeiträge Sonderkassen zu schaffen, wobei die Teilnahme der Arbeiter an der Verwaltung aufgehoben wird. Diese Bestimmung kam gegen den heftigen Widerstand der sozialistischen Fraktion, besonders der Abgeordneten Jaurès und Albert Thomas — letzterer war vom Bergarbeiterverband speziell beauftragt — zustande. In der Praxis läuft der Paragraph auf die Abtrennung des nordwestlichen Kohlenbezirks, der zwei Drittel der französischen Kohlenproduktion liefert, von der Landeskasse hinaus, auf die Forderung der dortigen Bergarbeiter an diesen Bezirk, auf ihre Überforderung bei Lohnbewegungen, auf die Verabreichung der Kontrolle über die Kassenverwaltung, auf die Forderung des nordwestlichen Partikularismus. Die Haltung Wadys wurde von dem darauf einwirkenden außerordentlichen Kongress der Bergarbeiter mit 111 gegen 105 Stimmen abgelehnt. Es kam darauf zur Demission Wadys als Vorsitzenden des Syndikats von Bas-de-Calais, die jedoch zurückgezogen wurde, und die Fortsetzung der Agitation Wadys für den abgelehnten Paragraphen — nicht als „Gewerkschafter“, sondern als „Abgeordneter“ —. Darauf kam es zur Gründung von oppositionellen Syndikatsinnerhalb des Gebietes des Syndikats von Bas-de-Calais, zu deren Aufnahme in den Bergarbeiterverband, was seinerseits den Austritt der drei großen Syndikate des nordwestlichen Kohlenbezirks zur Folge hatte, die einen besonderen Verband bildeten. Diese Vorgänge waren natürlich begleitet von den heftigsten gegenseitigen Angriffs.

Und nun kam der Streik. Es war ein elementarer Ausbruch, der alle mehr oder weniger überraschte. Nun heißt es freilich, daß der Streik von Wady gewollt war im Hinblick auf die Wahlen im nächsten Jahre, um seine arg mitgenommene Reputation wieder aufzufrischen. Aber selbst in dem Manifest des Sekretärs des allgemeinen Bergarbeiterverbandes vom 20. November wird angegeben, daß der Streik alle überrascht hat. Daß den Führern im Nordwesten der Streik, der sie nicht in direkten Konflikt mit den Unternehmern brachte, an die sie durch einen Vertrag, der das Prämienstystem verschärfte, gebunden sind, im Grunde nicht unermüdet kam, ist sehr wahrscheinlich. Daß sie bestrebt waren, den Streik, der ihrer Leitung zu entgleiten drohte, möglichst schnell zu beenden, ist offenbar. In dem oben schon angeführten Manifest wird darauf hingewiesen, daß die Führer der angegriffenen Syndikate sich nicht darauf beschränkten, gegen das Wortum des Senats zu protestieren, sondern auch die Altersversicherung und eine Neuregelung der Minimallohne zu fordern. Um zur Unterstützung dieser Forderungen Stellung zu nehmen und eventuell für ganz Frankreich die Generalstreik zu erklären, wurde am Sonntag, den 23. November, nach Paris eine Sitzung des Nationalkomitees einberufen. Aber, wie wir schon gezeigt haben, hätte die Forderung der Verabschiebung des Altersversicherungsgesetzes den Gegensatz der Bergarbeiterorganisationen zur Haltung Wadys hervorgerufen lassen und außerdem sind die Organisationen des Nordwestens durch einen Kollektivvertrag über die Löhne gebunden. Die Führer der Bergarbeiter des Nordwestens hatten also alles Interesse, die Bewegung möglichst schnell zum Abschluß zu bringen. Die Bergarbeiter mußten jedoch befürchten, daß sich der Streik nicht weiter ausdehnen würde, was nicht in ihrem Interesse lag. Nun heißt es in dem Manifest des Nationalkomitees vom 24. November:

„Im Augenblick, wo es (das Nationalkomitee) der regionalen Bewegung des Nordens einen nationalen (will heißen: Landes-) Charakter geben wollte, ist die bewundernswürdige Revolte des Nordens und des Bas-de-Calais von Wady und seinen Anhängern erwidert und verfallen worden...“ Das Kompromiß sei „ein neuer Verrat“, ein „Schamloser Handel“ u. d. m.

Tatsache ist jedoch, daß der Streik, wie es in dem Manifest selbst heißt, nur „eine Revolte gegen die langen Schichten und das skandalöse Wortum des Senats“ war. Und insofern hat der Streik mit einem vollen Siege geendet: 1. weil die Unternehmern sich verpflichteten, bis zur Verklündung des neuen Gesetzes keine Schichtenverlängerungen machen zu lassen; 2. weil die Kammer am 24. Nov. einstimmig das Wortum des Senats annullierte, indem sie die zulässige Überstundenzahl auf je zehn im Jahre herabsetzte, die Dauer der Ein- und Ausfahrt auf je eine Viertelstunde und ebenso einstimmig eine von der Regierung gleichfalls akzeptierte Resolution annahm, die die dringliche Einbringung einer Vorlage forderte, zur Ausdehnung des Achtstundentages auf die Erz- und Schiefergruben; 3. weil die Regierung sich verpflichtete, auf die dringliche Verabschiedung des Achtstundentages in der Form, die ihm die Kammer gegeben, und auf die Verabschiedung des Altersversicherungsgesetzes im Senat zu bestehen. Und es ist außer Zweifel, daß sich der Senat jetzt viel nachgiebiger zeigen wird. Die durch die Spaltung sehr gesunkenen Aussichten auf Durchdringung der beiden Gesetze sind jetzt infolge des Streiks ganz außerordentlich gestiegen. Nur eine Fortsetzung des Prudertriges könnte dem Senat wieder Mut machen.

Erwägt man jedoch die Frage, ob bei einer Verlängerung des Streiks mehr erreicht werden würde, dann muß man bei ruhiger Erwägung nein sagen. In der Lohnfrage wäre wegen der im Nordwesten und anderwärts bestehenden Verträge nicht zu erreichen gewesen. Weist das Altersversicherungsgesetz und die Ausdehnung des Achtstundentages auf alle Bergarbeiter. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß die Durchsetzung dieser beiden Forderungen jetzt die besten Aussichten hat. Den Streik aber fortzuführen lassen, bis diese Forderungen Gesetz würden, wäre vom Senat und der gesamten Nation als Entwertung denunciiert worden und es wäre zum offenen Kampf zwischen der Staatsgewalt und den Bergarbeitern gekommen. Bei einem Vergleich der beiderseitigen Kräfte kann man nicht annehmen, daß die Bergarbeiter die Sieger geblieben wären. Gerade durch ihr Maßhalten haben die Bergarbeiter den Senat ins Unrecht gezwungen.

Bewegungen unter den britischen Bergarbeitern.

In der Arbeiterbewegung Großbritanniens pulsiert zurzeit reiches Leben. Am 9. Dezember wird in London ein außerordentlicher allgemeiner Arbeiterkongress stattfinden, der sich mit der Frage beschäftigen soll, wie die organisierten Arbeiter Gruppen sich am besten verhalten, um ihren ausgebeuteten Brüdern in Dublin zum Siege zu verhelfen. Man spricht von Sympathieaktionen und dergleichen; zu festen Formen haben sich derzeitige Versuche jedoch nicht verdrückt. Wahrscheinlich ist, daß man beschließen wird, die materielle Hilfeleistung durch Geld und Lebensmittel fortzusetzen und sie vielleicht obligatorisch zu gestalten, indem von jedem Organisierten ein einmaliger Extrabehrag von 1 Schilling eingefordert wird. Das scheint uns auch die einzige Lösung des Problems zu sein. Die Dubliner Arbeitgeber haben öffentlich erklärt, ihre Arbeiter auszuheuern zu wollen. Nun wohl, man muß sie mit der eigenen Waffe schlagen, man muß ihnen solche Verluste zufügen, daß sie doch schließlich ihren starren Sinn bezähmen und mit ihren Arbeitern verhandeln. Mit Sympathieaktionen und Generalstreik ist hier nichts zu machen, obwohl hier diese Fragen manche Köpfe erhitzen. Die belagerte Arbeiterorganisation von Dublin wird sehr gut geführt, ja die elend erkrankten Dubliner Arbeiter erhalten heute vielleicht bessere Nahrungsmittel als sie je in ihrem Leben genossen haben; denn die genossenschaftliche Groszeinkaufsgesellschaft, die die

Nahrung herüberbringt, verkauft nur unverschärfte und vorzügliche Ware. Den Dubliner Arbeitgebern würde es nur recht sein, wenn das Kampfspiel ausgebeutet und dadurch der von ihnen belagerten Stadt die Zufuhr abgeschnitten würde. Die britische Arbeiterschaft hat den Belagern schon zwischen einer und zwei Millionen Mark an Unterstützung geschickt. Wie immer waren auch hierbei die Bergarbeiter wieder allen voran. Die Föderation hat schon mehr als zwei Monate lang jede Woche ihre 20000 Mark nach Dublin geschickt.

Gleich nach diesem allgemeinen Arbeiterkongress wird in London eine außerordentliche Konferenz der Bergarbeiterföderation tagen, die sich mit den Forderungen der Lebertagsarbeiter beschäftigen wird. Wie erinnerlich sein wird, beschloß die letzte Generalversammlung, für die Ausdehnung des Achtstundentagesgesetzes und des Mindestlohngesetzes auf die Lebertagsarbeiter einzutreten. Auf dieser Konferenz sollen nun Mittel und Wege beraten werden, wie auch den Lebertagsarbeitern die Vorteile dieser Gesetze verschafft werden können. Man hoffte vor kurzem, daß es gelingen werde, durch Verhandlungen mit den Arbeitgebern zum Ziele zu gelangen, und man baute besonders auf das Gelingen der Verhandlungen in Lancashire. Dort waren die Verhandlungen über einen Mindestlohn der Lebertagsarbeiter schon so weit gediehen, daß man ziemlich sicher auf einen günstigen Abschluß rechnen konnte, dessen Wirkungen sich auch in anderen Revieren bemerkbar machen würden. Aber die Verhandlungen schlugen zuletzt democh fehl.

Die Handhabung des Minimallohngesetzes gibt in manchen Revieren zu vielen Klagen Anlaß. Das trifft namentlich auf den Norden Englands (Northumberland und Durham) zu. In Durham hat Sir Robert Kom er vor kurzem als unparteiischer Vorsitzender eine Revision der Satzungen, die die Handhabung des Gesetzes regeln, vorgenommen. Sein Entschluß hat die Arbeiter nicht befriedigt. Großen Unwillen hat besonders die Bestimmung erregt, daß ein Arbeiter, um den Mindestlohn beanspruchen zu können, 100 Prozent aller möglichen Schichten verfahren muß; es sei denn, daß er für sein Ausbleiben eine „vernünftige“ Entschuldigung beibringt. Was eine „vernünftige“ Entschuldigung ist, das entscheidet natürlich der Arbeitgeber, der es somit in der Hand hat, einem Manne willkürlich den geforderten Mindestlohn vorzuenthalten. Die Arbeiter glauben, daß 80 Prozent der Schichtengänge, wie es in den Satzungen anderer Reviere festgelegt ist, recht und billig ist. (Es sei hier erwähnt, daß der Bergmann in Nordengland 11 Schichten in 14 Tagen verfährt; 5 in einer Woche und 6 in der zweiten.) Es wird nicht leicht sein, diesen Mißstand aus der Welt zu schaffen. Vor allen Dingen muß man bedenken, daß die Arbeiter der Schiedsrichter anerkannt haben. — Dies ist eben eine der Gefahren aller Schiedsgerichte. Auch gegen den zu gering bemessenen Mindestlohn protestieren die Arbeiter. Sie argumentieren mit gutem Recht, daß der Mindestlohn mit der Verteuerung der Lebenshaltung oder mit dem sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse erhöht werden muß. Sie wünschen, daß die Lohnsätze auf die allgemeine Lohnrate, wie sie periodisch von den Einigungsämtern nach Maßgabe der Rohinflation festgesetzt wird, auch in dem gesetzlich vorgeschriebenen Minimallohn zum Ausdruck kommen. Der gesetzliche individuelle Mindestlohn soll also mit der allgemeinen Lohnrate steigen. Die Einkommensänderungen der unparteilichen Vorsitzenden sind in diesem Punkte verstanden. Im Südwales hat sich der Vorsitzende J. H. für die Aufhebung der Arbeiter erklärt. In anderen Revieren haben sich die Arbeitgeber mit der Aufhebung willkürlich einverstanden erklärt. Die Frage wird in der Zukunft ohne Zweifel immer mehr an Bedeutung gewinnen. Die kapitalistischen Mächte, die sich mit der Frage beschäftigen, nehmen natürlich einen den Ansichten der Arbeiter entgegengelegten Standpunkt ein. Sie meinen, wenn der Mindestlohn steigen kann, dann kann er auch sinken. In der „Times“ warf gar ein Mitarbeiter die Frage auf: Was wird nun aus dem individuellen Mindestlohn, wenn die allgemeine Lohnrate unter diesen Mindestlohn sinken sollte. Doch diese akademische Frage wird durch die Tatsache erledigt, daß der allgemeine Mindestlohn, wie er in fast allen Lohnverträgen festgesetzt ist, überall höher ist als der gesetzliche Mindestlohn, der jedem einzelnen Arbeiter ohne Rücksicht auf das Produkt seiner Arbeit gewährleistet wird. Bei solchen Argumenten wird übrigens das Motiv außer acht gelassen, das dem Mindestlohngesetz zugrunde lag, daß nämlich jeder, der seine Arbeit redlich verrichtet, auch ein Anrecht auf einen Lohn hat, von dem er existieren kann. Freilich, der Später wird sagen, daß das Motiv, daß die englische Gesetzgebung bei der Annahme des Mindestlohngesetzes am wirksamsten beeinflusst, die große Bergarbeiterarmee war, die im Frühjahr 1912 unter Waffen stand.

In Northumberland fällt das Dreischichtensystem die Bergbevölkerung schon seit längerer Zeit in beständiger Verärgerung. Es wurde dort mit dem Achtstundentag eingeführt. Die Bergarbeiter Northumblands sagen dieser Betriebsweise nach, daß es das Familieneinkommen vermindert. Der Vater gehört z. B. zur Morgen- und Mittagschicht, der Sohn führt des Nachmittags ein und ein drittes Mitglied der Familie muß vielleicht als Reparaturarbeiter zur dritten Schicht. Da gibt es keine Ruhe in den Bergarbeiterwohnungen; die Frauen sind beständig auf dem Trab und kümmern sich die Gesundheit. Und wer soll nun erst nach den Kindern sehen? So unartig ist die Lage geworden, daß die Northumberlander nächste Woche darüber abstimmen werden, ob sie sich durch einen Kampf dieses Systems entziehen sollen. Selbst könnte der Gewerkschaftsverband den Kampf wohl kaum führen, denn seine Kasse ist erschöpft; er arbeitet mit einer Unterfinanz und schuldet seiner Kasse eine beträchtliche Summe. Meistens sei hier erwähnt, daß Northumberland, um seine Finanzen zu sanieren, die Beiträge erhöhen wird. Bisher waren die Beiträge sehr niedrig; man erhob alle 14 Tage 6 Pence (50 Pf.). Der 14tägige Beitrag soll nunmehr 9 Pence (75 Pf.) betragen. Doch ist den Northumberlandern in dieser Frage laut Beschluß der Reichskongress der Bestand der gesamten Bergarbeiterföderation sicher.

Die britische Genossenschaftsbewegung im Jahre 1912.

Das englische Arbeitsamt veröffentlicht jedoch die Ziffern über den Umfang und die Ergebnisse der englischen Genossenschaftsbewegung im Jahre 1912. Trotz der schon flauer werdenden Geschäftslage haben die Konsumvereine ihren Umfang wiederum steigern können und auch die genossenschaftliche Produktion hat Fortschritte gemacht. Insgesamt bestanden Ende 1912 im Vereinigten Königreich 1530 Genossenschaften mit 2 780 710 Mitgliedern, einem Umsatz von 2903 Millionen Mark und einem Ueberschuß von 235 Mill. Mk. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme an Genossenschaften um 17, dagegen eine Zunahme an Mitgliedern um 110 980, um Umsatz um 157,3 Mill. Mk. und an Ueberschüssen um 6 Mill. Mk. Das Gesamtkapital dieser Genossenschaften betrug um 55,5 Mill. Mk. auf 1 128 Mill. Mk. erhöht.

Von diesem Umsatz entfielen auf die Konsumvereine, deren 1392 gebildet wurden, 1577,6 Mill. Mk., auf die beiden Groszeinkaufsgesellschaften 78,4 Mill. Mk. Deren Umsatz also eigentlich doppelt erscheint, auf die größtenteils Konsumenten gehörigen Rohmaterialgenossenschaften 22,3 Mill. Mark, auf die denselben Charakter tragenden Vätergenossenschaften 22,7 Mill. Mk. und auf die eigentlichen Arbeitsgenossenschaften 56,3 Mill. Mk. Für die drei letztgenannten Arten von Genossenschaften ist Umsatz und Eigenproduktion identisch. Insgesamt zeigt die produktive Tätigkeit der britischen Genossenschaften folgendes Bild:

	1903	1912	Zu oder Abnahme 1912 gegen 1903
Groszeinkaufsgesellschaften	105 844 540	273 828 780	+ 153 %
Konsumvereine	102 793 480	212 611 680	+ 105 %
Kornmühlengenoossenschaften	27 584 080	22 751 300	- 19 %
Vätergenossenschaften	12 371 740	22 751 360	+ 84 %
Arbeitsgenossenschaften	24 774 240	31 606 180	+ 39 %
Zusammen	274 738 960	563 067 480	+ 105 %

Eine Abnahme zeigen also allein die Kornmühlengenoossenschaften, von denen zwei im Jahre 1903 durch die englische Groszeinkaufsgesellschaft übernommen wurden. Die bei weitem größte Zunahme der Produktion kommt auf die Konsumvereine, die ihren Umfang auf das anderthalbfache gesteigert haben, während die Groszeinkaufsgesellschaften nur eine Verdoppelung, die anderen Genossenschaftsarten noch geringere Fortschritte aufweisen. Interessant ist, daß die Groszeinkaufsgesellschaften, Konsumvereine, Kornmühlen- und Vätergenossenschaften, also die für den agnifizierenden Konsum produzierenden Vereine, heute 95 Prozent der gesamten Genossenschaftsproduktion umspannen, während auf die für den freien Markt produzierenden Arbeitsgenossenschaften nur 6 Prozent entfallen. Vor 10 Jahren war das Verhältnis noch wie 92 : 8.

Etwa drei Viertel der genossenschaftlichen Produktion (412 Mill. Mark), entfallen auf die Herstellung von Nahrungsmitteln: Mäcker-, Väter- und Schlachtviehprodukte, Schokolade, Konserven, Kakaos und Tabak. Es folgt dann das Bekleidungs-gewerbe mit 76,5 Mill. Mark, die Fabrikation von Seife und Lichte mit 19 Mill. Mk., die Herstellung von Gemeten mit 18,4 Mill. Mk., Pappgewerbe, Steinbrüche,

Möbelfabrikation mit 18,3 Mill. Mk., das Druckergewerbe mit 9,8 Mill. Mk., das Metallgewerbe, Maschinen- und Schiffbau mit 4,0 Mill. Mark und andere Industrien mit 3,7 Mill. Mk.

Diese gewerblichen Genossenschaften beschäftigten im Jahre 1912 in ihren Betrieben insgesamt die gewaltige Arbeiterarmee von 124 321 Köpfen. Davon entfiel die knappe Hälfte, nämlich 60 661 Personen auf die Produktionsabteilungen. — Die englische Genossenschaftsbewegung stellt einen „Staat im Staate“ dar, dessen Leistungsbereich in rascher Ausdehnung begriffen ist.

Der Bergarbeiterstreik von Rio Tinto.

Die spanische Genossenschaftsbewegung hat ihren ersten großen Sieg gegen einen Gegner von gewaltiger Macht errungen. Die Minen von Rio Tinto in der südpazifischen Provinz Ouelva sind berühmt durch ihre unerschöpflichen Lager von superkaltem Schwefelstein, der dort meist im Tagebau, gegraben und gleich verblüht wird. Die Bergwerke wurden 1872 für 92,8 Millionen Pesetas (75 Mill. Mark) an eine englische Gesellschaft verkauft, die rund 17 000 Arbeiter beschäftigt und im vorigen Jahre 40 Millionen Mark Gewinn verteilt. Heber die Kräfte dieser Gesellschaft, die Vorgeschichte und den Verlauf des Streiks leitete Vollege Fernandez, der als Vertreter der „Humanität“ und dem „Reis“ Genesenswerkes mit. Die Bergwerks- und Hüttengesellschaft von Rio Tinto ist nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch ein Machtfaktor ersten Ranges. Sie stellte den Gouverneur der Provinz durch eine „Subvention“ von jährlich 10 000 Pesetas in ihren Diensten. Alle öffentlichen Organe des Gebietes: Bürgermeister, Richter, sogar Notare stehen in ihrem Solde. Sogar die Cortes-Mitglieder werden ganz nach Vorchrift der allmächtigen Gesellschaft „erwählt“ — oder wurden es, da das neue erwachte Selbstbewußtsein der Arbeiterschaft künftig ein gewichtiges Wort mitreden wird. Dazu bestellte sie, um liberal gedeut zu sein, die einflussreichsten Politiker als ihre Anwälte: Lacerda, der als Justizminister Ferrer ermoden ließ, den jetzigen Ministerpräsidenten Lora, den Liberalen Caster. So konnte der konservative Staatsmann Morero Cabedo die Gesellschaft mit Recht als einen Staat im Staate bezeichnen. Diese gewaltige Macht lag immer in den Händen von Direktoren von besonderer Gewalttätigkeit und Grausamkeit. So veranfaßten 1888 die Bürgermeister der beteiligten Orte mit Genehmigung des Gouverneurs eine öffentliche Kundgebung gegen die räuberische, für Gesundheit und Landwirtschaft verderbliche Luftverschmutzung mit der die Kupfergewinnung betrieben wurde. Trotz der Genehmigung und dem völlig friedlichen Charakter der Kundgebung war es dem Direktor gelungen, Gendarmen und Militär zu bekommen, die ohne jede Warnung mehrmals schossen und ein Unheil anrichteten. Trotz der Praxie in der Kammer blieb dieses Verbrechen ungesühnt. Man weiß, welchen Schmierigkeiten unter solchen Umständen jeder Versuch der Organisation, in dieses Gebiet einzudringen, begegnete.

Trotzdem gelang es im vorigen Jahre dem Eisenbahnerverband, dem stärksten des Landes, die Angelegenheit der gleichfalls von der Gesellschaft abhängigen Fabrik Ouelva—Rio Tinto zum Anschluß zu bestimmen. Paid traten auch die Berg- und Hüttenarbeiter diesen Verbände bei. Als die Gesellschaft Mahregeln ergreifen wollte, wiesen schon 10 000 ihrer Arbeiter als Eisenbahner organisiert. Man verfaßte die Direktion, die Arbeiter zu einem liberalesten, unabwehrbaren Streik zu setzen, um dann gründlich aufzuräumen zu können. Sie verabschiedete die Arbeitsbedingungen, bezahlte die Löhne usw. Aber trotz der Empörung der Arbeiter gelang es dem Verbands, einen vorzeitigen Ausbruch des Kampfes zu verhindern. Der Ausbruch mußte abgewartet werden, bis die Zahl der Organisierten auf 17 000, fast die gesamte Arbeiterzahl, gebracht war, die für nun offen an den Bergarbeiterverband angeschlossen. Weiter wurden im September die Löhne herabgesetzt und die Arbeitszeit für 3000 Mann erhöht. Zugleich entließ man einen Maschinenwagen wegen Agitation. Das schlug dem Kopf der Wobben aus. Eine Abstimmung ergab 13 016 gegen nur 17 Stimmen für den Streik, der Mitte Oktober ausbrach.

Der angesammelte Haß tobete zu heller Verärgerung auf. Da in der Kasse nur für eine Woche Unterhaltung vorhanden war, beschloß man, solche erst nach zehn Tagen zu gewähren. Die Bergarbeiter verweigerten die Löhne und lieferten ihre gesamten Sachen, mehr als 100 000 Pesetas ab. Außerdem gelang es, von den Geschäftsführern einen Kredit für eine weitere Woche zu erhalten. Die Unterfütterung betrug in der ersten Woche 1/2, nachher nur 1 Peseta (50 Pf.) täglich. Trotzdem blieb die Haltung während des ganzen Streiks von 33 Tagen gleich entschlossen. Namentlich die Frauen zeichneten sich durch besonders feiner aus. Sie übernahmen den Streikpostendienst, den sie mit größter Sorgfalt und Energie versahen. Der Schaden der Gesellschaft war riesig. Eine Reihe Betriebe wurden durch den Regen gerührt. Ein Brand, bei dem keine Hilfe geleistet wurde, brachte einen Verlust von 3—4 Millionen. Die Hochöfen mußten abgebrochen werden. Schließlich, da die Arbeiter keine Miene zum Nachgeben machten und schon die Auswanderung vorbereitet wurde, mußte die insolte Gesellschaft die Waffen strecken. Eine Woche vorher hatten die Arbeiter bei den Gemeindevätern die Hauptrolle mit sozialistischen Vorstellungen befeht.

Der Sieg der Arbeiter ist vollständig. Sie erlangten: Anerkennung des Verbandes, Lohnerhöhung, Abschaffung der Arzt- und Medikamentenversorgung durch die Gesellschaft. In den politischen und gewerkschaftlichen Erfolgen wird nun die genossenschaftliche Organisation treten. Und die Wirkung auf die übrigen 30 000 Bergarbeiter der Provinz wie auf die gesamte Arbeiterschaft Andalusien, deren Uebers und Hungerrevolten weltbekannt sind, wird nicht ausbleiben. Dublin und Andalusien — es liegt in den schmählichen Winkeln. Am Ende wird es gar noch am deutschen Meine hell.

Generalstreik in Neu-Seeland.

Eine seltsame Kunde kommt aus Neu-Seeland. Dort, in dem „Lande ohne Treits“, in dem Lande, wo es keinen Massenstreik“ gibt, wie außerzige, kampferregende Reformen zu ergreifen wissen, ist ein Generalstreik ausgebrochen. Ein allgemeiner Streik, der sich derzeit geltend macht, daß überall Mangel an Nahrung und Heizung entsteht. In dem Hafen des Landes ist der Verkehr eingestiegen. In Auckland und Wellington, den beiden hauptsächlichsten Städten des Landes, wurden Matrosen und Seefahrten von den englischen Kriegsschiffen gehalten, um die „Ordnung“ aufrecht zu erhalten. Kurz und gut: Das Hinterland des „sozialen Friedens“ ist unpraktisch in ein Schlachtfeld des sozialen Kampfes verwandelt worden. Um den Kampf, der in Neu-Seeland ausgebrochen ist, zu verstehen, ist es notwendig, einen Blick auf die dortige Arbeiterbewegung zu werfen. Als Folge der Mienenstreiks, die im Jahre 1892 ganz Australien erschütterten, machte sich in allen Staaten jenes Kontinents das Verstreben geltend, durch Einführung von Schiedsgerichten die Streiks zu verhindern. Auch Neu-Seeland erließ ein solches Schiedsgerichtsgesetz, das dann im Jahre 1902 weiter ausgedehnt wurde. Ein allgemeiner Zwang zur Unterwerfung unter ein Schiedsgericht besteht nicht. Es ist vielmehr den Verbänden der Arbeiter und der Unternehmern freigestellt, sich dem Gesetze zu unterstellen oder auch mit sechsmonatlicher Kündigungsfrist wieder zurückzutreten. Während der Dauer ihrer Unterwerfung unter das Gesetz sind sie aber verpflichtet, Streiks und Auspersperungen zu unterlassen und sich der Entscheidung des gesetzlichen Schiedsamtes zu unterwerfen, das in Lohnfragen unter Berücksichtigung der Lebensunterhaltung der Arbeiterschaft wie der Bedingungen der Industrie zu erkennen hat.

Wie in anderen australischen Staaten, so empfanden auch in Neu-Seeland die Arbeiter das, daß jenes Zwangsschiedsgericht, und sei es auch noch so rüchsigsthaft gefaßt, eine Fessel für sie im Streben nach Verbesserung ihrer Lage bedeutet. Das Schiedsgerichtswesen war die Ursache, daß die Genossenschaftsbewegung nicht vorwärts kommen konnte, da es die Quelle vieler Streitigkeiten war. Es förderte den einzelberuflichen Charakter der Bewegung mehr als ihre Gesamtheit. So gibt es z. B. mehr als 300 Gewerkschaften, die jede völlig freie Unabgängigkeit besitzen. In manchen Berufen sind ein Dutzend und mehr verschiedene Gewerkschaften vertreten. Sie alle gehen Verträge mit den Unternehmern ein, ohne Rücksicht auf die Interessen der Mitarbeiter. Die Folge war und ist natürlich eine unheilvolle Konfusion. In den letzten Jahren jedoch machte sich eine lebhaftere Bewegung dahingehend bemerkbar, daß die Arbeiterschaft sich mehr auf ihre wirtschaftliche Kraft als auf die Schiedsgerichte verlassen sollte. Das erforderte natürlich den Zusammenfluß nahe verwandter Organisationen zu Industrievereinen. Vor etwa fünf Jahren gründeten die Bergarbeiter einen Bergarbeiterverband, dem rasch die Erz- und Kohlenbergleute beitraten und der bald eine außerordentlich regere Tätigkeit entfaltete. Die Zweigvereine dieses Verbandes lösten ihr Verhältnis zu den staatlichen Schiedsämtern und sie verbanden es, auf Grund der Macht ihrer Organisation den Unternehmern Konzeptionen abzurufen, die vom Schiedsgericht immer wieder abgelehnt worden waren. Einige Jahre später wurde aus dem Bergarbeiterverband der Arbeiter- oder Genossenschaftsverband. Diese neue Organisation befohte

vor allen Dingen die Notwendigkeit der Industriearbeiterschaft als ein Organisationsgegenstand. In verhältnismäßig kurzer Zeit erstreckte diese Organisation so ziemlich alle ungelerten Arbeiter Neu-Seelands, wie die Fabrikarbeiter, Bergarbeiter, Schiffarbeiter usw., wie auch manche Gewerkschaften geleiteter Arbeiter. Während diese Organisation rasche Fortschritte machte, bemüht sie sich auch die Gewerkschaftskarteile der größeren Städte mit mehr oder weniger Erfolg, eine Form für eine Landesorganisation zu finden. In Bezug auf Taktik und Ziele hat in den letzten Jahren zwischen den beiden Richtungen ein beständiger Kampf getobt, wobei es sich in der Hauptsache um den Streit zwischen Industrieverband und autonomer Gewerkschaften handelt.

Als im verflochtenen Januar in einem der erbittertesten Arbeiterkämpfe die Neu-Seeländer so erlebte hat und an dem rund 20 000 Bergarbeiter beteiligt waren, diese nach siebenmonatlicher Gegenwehr mit ihren Familien gewaltsam aus dem Streikgebiete vertrieben, viele von ihnen mit Handarbeit oder gar geistlich worden waren, erließ der Industrieverband einen Aufruf an alle Arbeiterorganisationen in Neu-Seelands, damit eine Verknüpfung und ein Ende des jetzigen besorgniserregenden Zustandes der Zersplitterung der Arbeiterschaft herbeigeführt werde.

Die vorgeschlagene Konferenz fand noch im Januar statt und mehr als die Hälfte aller organisierten Arbeiter Neu-Seelands waren auf der betriebl. Aus dieser Konferenz wurden Entwürfe ausgearbeitet für die Gründung einer „Sozialdemokratischen Partei“ auf politischem Gebiete. Diese Entwürfe sind inzwischen allen Gewerkschaften zur Bestätigung unterbreitet worden. Es ist nun dieser „Vereinigte Gewerkschaftsbund“, die „Federation of Labor“ von Neu-Seelands, der den jetzigen Kampf begonnen hat, der nichts anderes ist, als die Sprengung der gesellschaftlichen Klassen, mit denen man den Klassenkampf glaubt niederhalten zu können. Der Streit begann vor einigen Wochen in den Reihen der Schiffbauer, die bessere Arbeitsbedingungen und Anerkennung ihrer Kräfte verlangten, trotzdem diese sich nicht dem Schiedsgerichtsgesetz unterstellten. Die Holzgräber und Dockarbeiter erklärten bald darauf, ihren Sympathiestreik und andere Gewerbe folgten ihrem Beispiel, mit dem Resultat, daß, wie gesagt, das ganze industrielle Leben auf der Insel zum Stillstand kam. Als Widerstand gegen den gesetzlichen Zwang zur Niederhaltung des Massenkampfes ist der allgemeine Streik in Neu-Seelands von großem Interesse. Sein Ausbruch allein schon zeigt den Widerstand an jenen Vermittlungsverfahren zwischen den Interessen des Kapitals und der Arbeit, das Neu-Seelands, scheint, zu einem Lande ohne Streiks gemacht hatte und um dessen Einführung in anderen Ländern man überall sich bemüht. „Im Kampfe nur erbühen uns Kräfte“, das ist die Lehre, die uns die Vorgänge in Neu-Seelands geben.

Jetzt mordet die Milz.

Unter dieser Überschrift berichtet die „New-Yorker Volkszeitung“ aus Colorado. Die Anwesenheit der Milz hat richtig die von den Grubenbesitzern beabsichtigten Außerordnungen herbeigeführt. In der Nähe des Luftschachtes, durch welchen den in den Gruben bei Forbes arbeitenden Streikbrechern die Luft zugepumpt wird, fand eine Schießerei zwischen den Truppen und den Streikenden statt, bei welcher jedoch auf keiner Seite irgend jemand verletzt wurde. Generaladjutant Chase erklärte, daß im südlichen Colorado von den Truppen befehligt werden soll. Wie berichtet wird, wurden drei der Privatbeteiligten, welche einen Streikbrecher nach den Ostbühnen Minen eskortierten, getötet und einer verwundet. Dieselben befanden sich in einem Auto in der Nähe der Lohmbeck Ranch, als sie angehalten wurden. Weitere Kämpfe zwischen den Soldaten und den Streikenden fanden bei Forbes in der Nähe von Trinidad statt. Durch die Verstärkung von fünf Brüdern ist es den Patrouillen unmöglich geworden, Kohlen von den Houise, Pryor und Keller Minen, wo Streikbrecher an der Arbeit sind und von wo seit Ausbruch des Streikes 15 Cars Kohlen per Tag bezogen wurde, einzuführen, da durch die Verbrennung der Brücken die Verbindung mit New-Mexico, Arizona und Süd-Kalifornien unterbrochen wurde. Wie Frank M. Cobb, der Anwalt der Grubenbesitzer, sagte, sind dieselben bereit, ihre Gruben zu einem „anständigen Preise“ an die Stadt oder den Staat zu verkaufen. Er sagte: „Alles, was wir verlangen ist, daß der Gouverneur das gewünschte Eigentum ausfindet, einen Aufwender einsetzt, um den Wert der Gruben und Ausrichtung festzustellen und nach Zahlung des festgesetzten Preises das Geschäft übernimmt.“ Gouverneur E. M. Ammons, der ganz auf Seiten der Grubenbesitzer steht, hat gedroht, Bundesmilitär aus Fort Douglas gegen die Streikenden herauszubekommen. Er behauptet, daß die Milizgen nicht genügen, die Ordnung aufrecht zu erhalten.“

Knappschäftliches.

Der Wurnknappschäftverein.

Während die Zahl der aktiven Mitglieder im Jahre 1879: 6471 betrug, stieg sie auf 15 013 im Jahre 1911. Bis zum Jahre 1912 war eine weitere Steigerung von 5,8 Prozent zu verzeichnen, so daß am Anfang des Jahres 1913: 15 882 aktive Mitglieder in der Wurnknappschäft geschäft wurden:

Von den 15 882 Mitgliedern gehörten sowohl der Kranken- als auch der Pensionskasse an	13 723 Personen
nur der Krankenkasse allein	1 824 „
nur der Pensionskasse	185 „
mitstärkpflichtig waren	451 „
beurlaubt waren	199 „
Zusammen	15 882 Personen

Von den auf den Vereinswerken beschäftigten Mitgliedern sind 7784 oder 51,1 Prozent verheiratet mit 20 913 Kindern, das sind auf jeden Verheirateten 2-3 Kinder unter 15 Jahren.

Die Zahl der beitragszahlenden Mitglieder betrug auf

	1911	1912
Grube Nordstern	1 971	2 073
Karl Friedrich	517	480
Karl Alexander	224	325
Güdelshoben	36	121
Karolus Magnus	19	255
Schachtanlage Ostweiler	—	80
In Nebenbetrieben	30	68
Beim Eschweiler Bergwerksverein	11 180	11 423
Zusammen	13 977	14 785

Dazu kommen noch 185 Personen, deren Bezüge 2000 Mk. übersteigen, die nur der Pensionskasse angehören.

Die Einnahmen der Knappschäft aus den Beiträgen betragen bei der Krankenkasse 1911: 670 779,14 Mk., 1912: 652 666,42 Mk., bei der Pensionskasse 1911: 1 178 786,50 Mk., 1912: 1 238 043,23 Mk. Das Vermögen betrug Ende 1912 bei der Krankenkasse 397 425,15 Mk., bei der Pensionskasse 3 859 609,83 Mk.

Die durchschnittliche Dienstdauer der neu hinzugekommenen Zahl von 14 785 im Jahre 1912: 26 1/2 Jahre gegen 24 1/2 in den Jahren 1840 bis Ende 1899.

Das durchschnittliche Pensionsalter bei Eintritt der Invalidität betrug im Jahre 1912: 52 1/2 Jahre.

Der durchschnittliche Pensionsertrag der Invaliden im Durchschnitt der Zeit von 1840 bis Ende 1912: 7 1/2 Jahre.

Zum ganzen wurden an Invalidenpensionen 411 100,20 Mk. gezahlt oder im Jahresmittel 360,80 Mk. für den Invaliden.

Besonders interessant ist noch die Statistik der Arzneikosten, die im Jahresbericht der Wurnknappschäft zu finden ist. Der Durchschnittspreis der einzelnen Rezepte war am höchsten im Krankenhause mit 2,45 Mk., am niedrigsten im Kurspengel III mit 0,72 Mk.

Ferner finden wir, daß für die Einrichtung des Erweiterungsbau des neuen Krankenhauses 130 211 Mk. ausgegeben wurden. Im Nachbargebiet kämpfen die „Christlichen“ darüber, daß die Verbandsarbeiten, um Verbesserungen für die Mitglieder zu erreichen, dem Spänger der Werkvertreter nachgeben und für den Bau von Knappschäftskrankenhäusern waren, im Kurspengel III das Krankenhause nicht groß genug. Die „Christlichen“ treten da aber nicht für funktionelle Krankenhäuser ein, sondern schenken bereitwillig die Mittel für Erweiterung und Einrichtung des Knappschäftskrankenhauses.

Christliche „Erfolge“ in der Weirerhagener Knappschäftskrankenkasse.

Bemerkenswert ist die „Bergknappe“ vom 29. Nov., um der ständigen Mittel zu verdrängen, welche „große Erfolge“ die „Christlichen“ in der Weirerhagener (Weirerhagener in der Gifel) Knapp-

schäftskrankenkasse erzielt haben. Es ist sicher, daß der „Bergknappe“ mehr Stellen über die dort erlangenen „Erfolge“ schrieb, als dieses Können überhaupt Mitglieder zählt.

Alle Erfolge, welche die Verbandsämter in Wochener Knappschäftsbereinig für hunderttausende von Kameraden erlangt haben, sollen nicht sein, weil zur Erreichung derselben die M.-Glabbacher überflüssig waren, sonst hätte der „Bergknappe“ nicht Seiten genug gehabt, den großen Sieg, den herrlichen Erfolg, das Entgegenkommen der Arbeitgeber hervorzuheben.

In der Weirerhagener Knappschäftskrankenkasse, melbet das „christliche“ Organ, sind dank der Tätigkeit des Gewerkschafts und des Entgegenkommens des Arbeitgebers wesentliche Verbesserungen erreicht.

So wurden drei Lohnklassen für die höher entlohnenden Arbeiter und Beamten geschaffen, und zwar können in die I. Lohnklasse kommen alle, die einen Durchschnittslohn von 5,40 Mk. haben, in die II. Klasse, die 4,80 Mk., in die III. Klasse, die 4,20 Mk. im Durchschnitt verdienen. Da aber der Durchschnittslohn im letzten rheinischen Erzbergbau 3,20 Mk. im 2. Vierteljahr betrug — d. h. nur um 8 Pf. gegen den Jahresdurchschnitt 1911 stieg —, haben von dieser Verbesserung nur die Beamten etwas. Wenn daher der „Bergknappe“ schreibt, daß gegen früher, wo die Lohnklasse mit 3,60 Mk. Durchschnittslohn als höchste bestand, in die Mehr von 1,44, 1,08 und 0,72 Mk. an Krankengeld herauskam, so wird dieses dann erst zutreffen, wenn der Durchschnittslohn 4,20—5,40 Mk. beträgt. Daß von nun an in dieser Knappschäftskrankenkasse als Krankengeld 60 Prozent des durchschnittlichen Tageslohnes gewährt wird, ist auch höchst wichtig, wenn man den miserablen Durchschnittslohn betrachtet. Wenn wir dies schreiben, so wollen wir den vorliegenden keinen Vorwurf machen, daß sie nicht mehr erreicht haben, sondern an einem Minderbeispiel zeigen, wie der „christliche“ Gewerkschaft die geringsten Erfolge, dort wo die miserablen Lohngehalt haben, in den Himmel hebt, weil „seine“ Knechten mitgearbeitet haben.

Wo er aber nachlässig ist, mühen für die Knappschäftsmittelglieder Millionen Mark herausgeholt werden, es ist den M.-Glabbachern nicht genug und sie schreiben nicht dem Entgegenkommen der Arbeitgeber, wie in Weirerhagen, sondern von Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmern und Verbandsämtern. Der Zweck der Gründung des „christlichen“ Gewerkschafts war, die Arbeiter zu versittlichen, es ist ihnen gelungen, und die M.-Glabbacher arbeiten weiter daran, den Bergarbeitern die Organisation zu vereiteln zur Freude und zum Nutzen des Unternehmertums. An den Bergarbeitern liegt es, dies zu verhindern, indem sie den „christlichen“ Berpflichteten die Türe weisen und mitteilen, durch Hausagitation bei ihren Arbeitsbrüdern den Verband der Bergarbeiter Deutschlands zu stärken.

Mißstände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Besse Kreutzberg-Fortsetzung. Auf diesem Blätt herrscht ein hartes Streikwesen. Besonders der Nachschichter Teilmann zeichnet sich durch übermäßiges Bestrafen aus. Am 25. November wurden 23 Mann wegen Fühlens bei der Seilschaft bestraft, darunter solche, die in diesem Tage keine Schicht verfahren haben, mithin nicht fühlend konnten. Herr Teilmann sollte sich lieber um die Mißstände kümmern, deren es hier genug gibt. So wird auf der ersten Sohle an der ersten Gezähnbühde ein Wassergraben ausgehauet. Da hier auch der Fahrweg durchführt, so sollte man doch den Wassergraben abdecken, damit nicht, wie es schon vorgekommen ist, Kameraden in diesen hineinfallen und dann mit nassen Füßen die ganze Schicht arbeiten müssen.

Besse Franziska-Zieffan. Die Arbeit macht sich auch hier schon in einer schlechteren Behandlung der Arbeiter bemerkbar. Am 10. November beschwerten sich mehrere Arbeiter beim Betriebsführer Kogelheide, weil ihnen vom Steiger Friedenheim die Anfahr verweigert wurde. Obwohl die Arbeiter mit dem Zuge von Wengern gekommen waren, welcher Verpaltung hatte, nannte der Betriebsführer sie Schlaftrunkenen, Nummlanten usw., statt ihre Beschwerden zu prüfen. Referenten, welche zwecks Beitritt zum Arbeiterverein sich bei ihm melden mußten, erklärten, daß es so nicht einmal auf dem Kaiserhof zugehe. So werden freie Arbeiter behandelt! Warum wird übrigens die Seilschaft nach der fünften Sohle schon um 2,10 Uhr beendet, da die Seilschaftzeit doch auf 2 bis 2 1/2 Uhr festgesetzt ist? Bei der Ausfahrt fällt es übrigens nicht so genau, da wird es in der Regel 2 1/2 Uhr, bis die Leute alle aus der Grube sind. Warum sieht man da nicht auch auf Pünktlichkeit?

Besse Königgrube. Bei der Seilschaft herrscht eine Fabel, wie kaum auf einer anderen Grube. Fährt man mit dem ersten oder zweiten Karb an, kann man oftmals erst mit dem fünften oder sechsten Karb abfahren. Die Wagenschicht fährt von 5 1/2—5 1/4 an und beginnt die Kohlenförderung schon, ehe die Seilschaft richtig beendet ist. Wer mit dem achten oder neunten Karb anfährt, findet unter der Seilschaft schon am laufen. Die Fahrerfahrer von der Nachtschicht besorgen das Kommando und sorgen dafür, daß um 6 Uhr Kohlen am Schacht sind. Die Gelben werden natürlich bedroht und tun sich auch beim Fühlend tüchtig hervor.

Besse Ludwig (Bergeshausen). Kommt man in die Markenhöhde, kann man den Markentankolleur in seiner schmutzen Bergmannsuniform vor lauter Strafpflicht, die an den Fensterscheiben angeheftet sind, nicht sehen. Hier sieht man, daß ein strenger Betriebsführer regiert, der wegen jeder Kleinigkeit hohe Strafen über seine „Unterthanen“ befiehlt. Es wäre besser, der strenge „Regent“ sorgte in der Grube für mehr Ordnung. Schon die Anfahr durch den allen Schacht ist sehr gefährlich, aber noch schlimmer sieht es unten aus. Beim Schichtwechsel muß man oft über eine Reihe beladener Kohlenwagen klettern, um zum Schacht zu gelangen. Es wäre sehr zu empfehlen, wenn ein künftiger Arbeitermal die Wetterzüge unberührt befahren und das Revier 4. vierte Sohle, Steiger Kallwiber, kontrollieren wollte. Es fehlt an guter Wetterführung auf der ganzen Sohle, besonders auf der Teilsohle der dritten Abteilung. Hier wird viel mit Sprengstoff geschossen, wobei die Gase nicht hinaus, sondern herunter in den Luerislag ziehen, so daß einer den andern oft nicht sehen kann. Daß dadurch die Gesundheit der Kumpels untergraben wird, kann sich wohl jeder vorstellen. Es ist vorgekommen, daß zwei Kumpels während der Schicht aus ihrer Arbeit herausgeholt werden mußten, weil sie vollständig betäubt waren. Wo bleibt da der zeitliche Befehlsherrlicher? Wir sind überzeugt, wenn hier mal der Betriebsführer fahren würde, dann würden diese Mißstände schnell beseitigt. Es wird auf die Gesundheit der Kumpels zu wenig Rücksicht genommen. Bei einigermaßen gutem Willen ließe sich vieles machen, aber hier heißt es: Kohlen, Kohlen, damit nur hohe Dividenden herausgeschlagen werden.

Besse Weidene, Schacht I und II. Die Folgen der Krißis machen sich auch hier bemerkbar. Lohndrückierungen in größerem Maßstabe haben schon stattgefunden. Besonders rücksichtslos verfährt Herr Oberaufseher Steinrötter (Firma Bach) mit dem Kumpel. Nicht genug damit, daß der Herr die Löhne, die auf dem bet. Gebirge verdient wurden, nicht auszahlt, sondern auch vielfach noch wirklich verfahrenen Schichten nicht anordnet. Reklamationen sind daher an jedem Sonntag an der Tagesordnung, höhnische Bemerkungen und Anschlagen des Schalterfensters sind dem Herrn „Ober“ seine gebräuchlichen Abwehrmittel, so daß die Kumpels dann dasjenige was abgemietene Bettler. Schalterfenster sind wohl für jeden Revierleiter sowie eine für den Herrn Fahrleiter vorhanden, die Leute müssen aber oft stundenlang vor denselben auf- und abpendeln, um etwaige Wünsche usw. an die betr. Beamten übermitteln zu können. Der Herr Oberaufseher macht es sich überhaupt zum Vergnügen, Wünsche und Witten der ihm unterstellten Leute zu ignorieren, indem er sich hilflosweidend drückt, d. h. auf Umwegen den Zeichenplatz verläßt und die Leute einfach stehen läßt. In punkto Ablehnung der Urlaubsgeduld läßt sich Weidene überhaupt von keiner anderen Grube überbieten. Alle möglichen Dokumente und Belege werden zur Begründung behauptet. Erlangung eines Schichturlaubes verlangt, somit wird kein Urlaub erteilt und der Kumpel hängt, trotz seiner Entschädigung, mit 3 Mark am Brett. In der Markstau herrscht zur jetzigen Jahreszeit eine Zugluft, welche Enttäuschungen für Bedennde hervorruft. Die Hälfte der Brausen sind schlecht imstande, daß das Wasser nur tropfenweise herausfließt und die Leute sich knauelweise unter den übrigen Brausen zusammenbrängen und hin- und hergehen. Der Markentankolleur Unterberg möchte sich der Belegschaft gegenüber mehr Höflichkeit bestrengen und darüber nachdenken, was er früher gewesen ist. Oder ist er etwa selbstverleumdeter? Als weiterer Mangel wird es empfunden, daß bei Abschlag und Lohnzahlungen nur an einem Schalter gelohnt wird, zumal die Belegschaft von zwei Dritteln gelohnt wird. Bei nasser und kalter Witterung bekommen die Leute keine Ruhe und die Folgen davon sind Enttäuschungen. Ein Voratz ist auf dem Zeichenplatz, daß man Gefahr läuft, stehen zu bleiben. Gibt es denn keine Schichtarbeiter zu diesem Zwecke auf dem Platz?

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Grube Georg Josef. Schlämmer kann man es mit den Bergarbeitern kaum noch treiben, als es die Betriebsleitung der Grube Georg Josef tut. Schon mehrfach haben wir die elenden Verhältnisse aufgedeckt, unter welchen die Kameraden zu leiden haben. Kaum waren unsere Anfragen verflungen, rissen die alten Zustände wieder ein. Es muß wirklich wundernehmen, daß den Kameraden nicht schon längst der Gehuldsfaden gerissen ist und sie gegen solche Zustände Front gemacht haben. Mit dem Obersteiger Kohlhauer müssen die Bergarbeiter das Gebirge „vereinbaren“ und das macht Herr N. wie folgt: Er bestellt die Kameraden zur Steigerstube und kommandiert dann einfach, indem er die Liste vorlegt: „Unterscheiden Sie hier!“ Ob und was da geschrieben steht und ob die Betreffenden mit dem Geschriebenen einverstanden sind, kümmert den Herrn überhaupt nicht. Welche dem, der nicht ohne Widerspruch unterschreibt. Die sofortige Entlassung oder 14tägige Kündigung wird in Aussicht gestellt. Diese Lasten kann jederzeit nachgewiesen werden. Das schlimmste an der Sache jedoch ist, daß man nur denjenigen Lohn zur Auszahlung bringt, welcher auf dem so „vereinbarten“ Gebirge herausgekommen ist. So werden dann Familienväter mit 2,60 und 2,80 Mk. pro Schicht nach Hause geschickt. Wie mitleidlich die Entlohnung vorgenommen wird, dafür folgendes Beispiel: Beim Schachtarbeiten hat in den Monaten August und September eine Kameradschaft den außergewöhnlich hohen Lohn von 150—165 Mark verdient. Die Arbeit ist dieselbe geblieben, die Kameradschaft eine andere und im Oktober wurden 2,70 Mk. verdient. Ist das nicht Anarchie? Sind davon die maßgebenden Stellen in Weiler unterrichtet?

Hannover, Braunschweig, Hesse-Nippe.

Kalmer Salzberg, G. m. b. H. (Salzdetfurth). Auf diesem neuen Werke herrschen Mißstände, deren sich ein alter Mann schämen würde. Der Schacht wird erst abgeteuft und ist etwa 150 Meter tief. Die Arbeiter haben viel mit Wasser zu kämpfen und müssen die Kumpels auch Sonntags arbeiten. Damit die Arbeiter sämtliche Tage verfahren, hat die Verwaltung eine Kränke von einem Schichtlohn aufgesetzt. Einen Ruhetag gibt es nicht. Wo bleibt da das Reichsgesetz? Wer zwei Sonntage hintereinander gearbeitet hat, muß am dritten Sonntag 36 Stunden Ruhe erhalten. Das trifft aber auf diesem Werke nicht zu. Die Antreiberei ist derart, daß halb keiner mehr Luft hat, nach diesem Schacht zu gehen. Der Steiger Kauls sollte die hergottseligen Vorschriften etwas besser beachten und die Leute weniger ärgern. Verhüt sich ein Arbeiter gegen die Herren Beamten auf, heißt es: „Wir haben Leute genug, es kann ruhig ein Drittel laufen gehen.“

Braunz Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Kalmer Bernsdorf. Am 14. November sind hier elf Mann gekündigt worden, weil ein Karbidbühler verunreinigt war. Wir sind gewiß die letzten, die eine solche Schwenkel betreiben. Aber deswegen gleich elf Mann brokos zu machen, das ist denn doch wohl zu hart. Der Betriebsführer Schlichter verlangte von den elf Mann, sie sollten sagen, wer es gewesen ist. Da sie das nicht konnten, weil sie es nicht gesehen hatten, mußten sie alle gehen. Daß der Arbeiter sich keine Zeugen bei Vernehmung der Tat herbeigeht, ist doch leicht erklärlich. Deshalb ist es unverständlich, Arbeiter mit der stärksten Strafe zu belegen, d. h. sie brokos zu machen, die unschuldig sind. Der Betriebsführer hat auch Arbeitern gebot, sie „in die Freise zu hauen“. Auch handgreiflich ist er schon geworden.

Niederhase Montanwerke. Auf dem Krebnerschacht nimmt die Jagd nach Kohlen unheimliche Formen an. Eine Schicht wird gegen die andere angespielt. Die Beamten sagen: „Die andere Schicht hat so und so viel gefördert, ihr werdet auch doch nicht Lumpen lassen; zeigt einmal, daß ihr das allein auch noch könnt.“ Und die Kumpels zeigen nicht nur, daß sie so viel schaffen wie die andere Schicht, nein, sie müssen der anderen Schicht doch zeigen, daß sie es noch besser können und schieben noch ein paar Wagen mehr auf. Der Erfolg ist natürlich, daß nur der Beamte der anderen Schicht mit dem gleichen Argument seine Schicht anfeuert. So hat man es dasin gebracht, daß jetzt täglich von einer Schicht mit nur 23 Dritten durchschnittlich 1700 Wagen Kohlen geliefert werden. Das macht für jede Schicht (Dritte) durchschnittlich 74 Wagen. Also eine ganz außergewöhnliche Leistung. Und doch ist man nicht zufrieden. Man weiß, was man den Kumpeln bieten kann. Die Treiberer wird noch schlimmer. Jetzt heißt es, 1700 Wagen für eine Schicht ist keine Leistung. Um die Förderung noch mehr zu steigern, hat man Heberhunden angeordnet. Angeblich um die Arbeiter wegen der Verstaubungssicht vor Schanden zu bewahren. Diese Fürsorge ist ja geradezu lächerlich. Nur finden die Werkleitung damit nirgendwas Glauben. Während der Fuderüberkampagne werden eben bedeutend mehr Kohlen gebraucht. Sobald diese Kampagne vorüber ist, gibt es wieder Feierschichten und folgen Arbeiterentlassungen. Und wenn die Arbeiter dann schwer geschädigt werden, wird das die Werkverwaltung wenig kümmern. Dann können sich die Bergarbeiter die Folgen ihrer Kurzsichtigkeit in Mühe und Müge überlegen. Allerdings, wer mit offenen Augen um sich schaut, kann jetzt schon die Folgen dieser wahrhaftigen Schürferer klar erkennen. Noch niemals haben proportional so viel Bergarbeiter krank gefeiert als jetzt. In geradezu erschreckend kurzer Zeit ruinierten hier die Bergarbeiter ihre Gesundheit und in verhältnismäßig sehr jungen Jahren sind sie bergfertig und müssen sich invalidisieren lassen. Ausgepreßte Zitronen gleich, die zu nichts mehr nütze sind, werden sie beiseite geworfen. Wer einmal nachmittags die Straße nach dem Schachte passiert, wenn gerade Schichtwechsel ist, dem bietet sich ein wahrhaft erschütterndes Bild. Ueber und über von Schmutz starrend, vornüber gebeugt, mit schleppendem Gang, gerade als ob er übermäßiger Kräfte bedürfte, den Körper fortzubewegen resp. die Beine nachzuziehen, mit tief eingefallenen Wangen, schmerzhafter Gesichtsfarbe und stieren glanzlosen Augen: so kommen sie gruppenweise an. Das sind die Folgen des schuldigen Affordsystems mit all seinen häßlichen Auswüchsen im Bergbau. Und wenn sich die Arbeiterschaft nicht auf sich selbst besinnt und die Gleichgültigkeit von sich abschüttelt, dann wird es immer schlimmer werden. Nur bei einem einigen und geschlossenen Willen aller Bergarbeiter wird es möglich sein, das Affordsystem im Bergbau abzuschaffen. Und daher sollten alle Kameraden Hand anlegen, die die Notwendigkeit der Organisation begreifen haben. Frisch ans Werk! Jetzt muß Betanngang werden an die Unorganisierten, an die Gleichgültigen, um sie für die Organisation zu gewinnen.

Süddeutschland.

Grube Benzberg. Schon vor Jahren hat der Arbeiterauschuß bei der Werkdirektion den Antrag gestellt, es mögen die offenen Steigerlampen abgeschafft werden. Gar oft war es vorgekommen, daß mehrere Steiger, darunter der berühmte Steiger Bernhardt und sogar Obersteiger Heilberger mit ihren offenen Lampen schlagende Wetter angezündet hatten, wobei sie sich ziemlich verbrannt haben. Unklügerweise kam dabei kein größeres Unglück vor. Es ging immer glatt ab, ohne daß die Bergleute in Mitleidenschaft gezogen wurden. Direktor Müller gab dem Arbeiterauschuß damals zur Antwort: „Eine Entzündung der schlagenden Wetter kann für die Betreffenden etwas unangenehm werden, jedoch weitere ernsthafte Folgen werden daraus nicht entstehen. Eine Abschaffung der offenen Lampen macht sich deshalb für das Aufsichtspersonal nicht notwendig.“ Inwiefern diese Antwort zutreffend ist, zeigt die jüngste Grubenbeurteilung des Oberingenieurs Klein. Am 3. November nahm dieser Betriebsbeamte die Befahrung der Abteilung des Steigers Werchonia vor. Es hatten sich an einem Ort Gase angeammelt und der betr. Steiger soll es sogar geteilt haben, daß solche vorhanden waren. Trotzdem wurde mit offener Lampe vorgegangen, wobei dann die schlagenden Wetter explodierten und ziemlich ernstliche Folgen nach sich zogen. Ein Bauer wurde am Oberkörper und Gesicht so schwer verletzt, daß er heute noch im Krankenhaus darniederliegt. Oberingenieur Klein hat sich schon wiederholt den Arbeitern gegenüber als „talentvoller“ Vorgesetzter aufgeführt. Bei jeder Gelegenheit kann man hören: „Ihr versteht nichts, ihr könnt nicht schießen“ u. dgl. Und verhält es dieser Herr, die Verhauer zusammen zu legen. Erst kürzlich hat er sich einem Verhauer gegenüber geäußert: „Sie verstehen nichts von der Arbeit. Als Bauer schreibe ich. Sie überhaupt nicht um.“ Es sei bemerkt, daß dieser Verhauer als Ortsältester an der Kontrollmarientafel bekannt gegeben ist. Auch hat der betr. Verhauer einen Schleppler als Verhauer zum Abfahren erhalten. Bekanntlich können doch nur Vollhauer als Ortsälteste ernannt werden. Der betr. Verhauer versteht nach Ansicht Kleins nichts von der Arbeit. Als Bauer will er ihn überhaupt nicht unterschreiben. Dabei ist er als Ortsältester qualifiziert genug und bekommt sofort einen Verhauer zugelegt! Herr Oberingenieur! Wie reimt sich dies zusammen? Werden hier nicht die hergottseligen Vorschriften wieder vollständig außer acht gelassen? Man stellt Verhauer zusammen, wie man will, schickert sie und schickt sie mit einem Sungenlohn nach Hause. Oberingenieur Klein macht auch teilweise Gebirge, daß die Arbeiter abgerichtet werden können. Soll die Benzberger Grube noch zu

einem größeren Taubenschlag werden, wie sie heute schon ist, so empfehlen wir ihm, nur so weiter zu machen, das erstrebenswerte, vor-

Aus dem Kreise der Kameraden. Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Was geht vor?

Vorgesehen gehen uns weitere Meldungen zu über Lohnabzüge, Fehlerschichten und Arbeiterentlassungen. So wurden auf Veran-

Während so auf vielen Beichen Lohnkürzungen und Fehlerschichten an der Tagesordnung sind, werden auf anderen Nebenbeichen ver-

Ein Teil der Beichen verfuhr auch, sogar noch durch Agenten fremde Arbeiter heranzuführen. So hat ein Agent für Adolf v. Pan-

Massenanwerbungen für das Ruhrrevier.

Trotz der Fehlerschichten und Arbeiterentlassungen unterhalten ein-

Zur Steuer der Wahrheit.

Die Beschwerdekommission der Zahlstelle Lütgendortmund hat fest-

Eine Knappschäftsmitgliederversammlung unter erschwerten Umständen

am 23. November in Laer statt, in welcher der Knappschäfts-

In der Diskussion erhielt der „christliche“ Streikführer Peter-

Bei diesen Worten Peters kam es zu erregten Zurufen seitens der

lieben Fischer solches zu unterstellen, war selbst den anwesenden

In der Diskussion sprach Kamerad Leineweber. Er stellte

Zur Arbeitsgemeinschaft.

Während Franz Wehrens, „christlich-sozial-national-konser-

„Solange die Bergarbeiter sich noch gegenseitig beschimpfen und

Die Zentrumsprelle über die Lage im Bergbau.

Das Offener Zentrumsblatt für die „christliche“ Streikbrecher,

gelchen einer Kritik und schlägt recht zahllose Ebnen an gegen

Schlünne Rollen für die Bergarbeiter drängen herein, Arbeiter-

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Ein „offenes Geständnis.“

Wenn man die „christlich-nationalen“ Arbeiterorganisationen als

„Das Hauptverdienst, die Sozialdemokraten aus den kommuni-

Mein Liebchen, was willst du noch mehr? So offen, klipp und

Aus der Lohnede.

Die traurigen Zustände auf den Lohngruben und die Erkenntnis,

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Was du nicht willst, das man dir tut, das füg auch

Mit diesem Grundsatz des alten Konfuzius scheint sich der Gelben-

Der Staatsanwalt hielt mich den Ausfagen der beiden

Nachdem Dr. Cohn wies in seinem Plädoyer nach, daß der

Saargebiet und Reichslanbe.

Die „Christen“ wollen in Saarabien streiken!

Der M. Gladbacher Christenbundverleger, Agitator und Zahl...

Süddeutschland.

Berggewerkschaftswahl in Oberbayern.

Die am 28. November getätigten Wahlen zum Berggewerkschaft...

Table with 3 columns: Liste A (Christlich), Liste B (Verband), Liste C (Gelb). Rows for Gausham, Weihenberg, Penzberg, Marienstein.

Die Wähler zeigen mit aller Deutlichkeit, daß die Knappen Ober...

Auswahlwahl auf Grube St. Ingbert.

Am Sonntag, den 23. November, fanden die Auswahlwahlen für...

Aus dem Lager der päpstlich nicht mehr Geduldeten.

Der Kirchenpolitiker Dr. Essfen über die heimliche Unterwerfung der Christenführer.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ ist das angesehenste Blatt der Schweiz...

Katholischen Vereinigungen feindselig zu befehlen und zu verlangen...

Die „Unita Cattolica“ gegen die „Rölnier Richtung“ der Baghemiten.

Schon vor Jahr und Tag schrieb des Papstes Lieblingsblatt, die „Unita Cattolica“...

Briefkasten.

Nach Werne a. d. Lippe, Verbandsbuchnummer 98 888 ist in unserer...

Verbandsmitglieder!

Der Jahresbeitrag steht vor der Tür. Es muß deshalb die Pflicht eines jeden Mitgliedes sein...

Verbandsnachrichten.

Wir machen die Vertrauensleute und die Kameraden unseres Verbandes...

Unsere Mitglieder werden ersucht, ihre Bücher immer bereit zu halten...

In unsere Ortsverwaltungen!

Unsere Zeitungsboten und Unterskriver hiermit zur Nachricht...

Bücherrevisionen.

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt...

Belegschafts-Versammlungen

Sonntag, den 7. Dezember 1913: Besprechung I und II...

Wichtige Bergarbeiter-Versammlungen

Sonntag, den 7. Dezember 1913: Besprechung...

Weihnachts-Geschenke für die Arbeiter-Jugend!

Spielbuch für die Arbeiterjugend von P. Wiltner...

Parlamentarismus und Demokratie

Preis 50 Pf. H. Gansmann & Co., Bohum, Biemelhauser Straße 42

Achtung! Essen Achtung!

Sonntag, den 7. Dezember 1913, vormittags 11 Uhr, im Lokale „Borsilia“ in Essen...

Protest-Versammlung

Die Preispolitik des Kohlenhandels, die Lohnreduzierungen und Arbeiterentlassungen im Ruhrrevier.

Makulatur ist in der Geschäftsstelle der „Bergarb.-Zeitung“ zu haben.

Protokoll

gefaßt in der öffentlichen Sitzung des Schöffengerichts bei dem Regl. Amtsgericht...

Achtung! Kameraden Achtung!

Den Kameraden empfehlen wir das gut eingeführte Werk...

Die Bergarbeiter

historische Darstellung der Bergarbeiter-Verhältnisse von der ältesten bis in die neueste Zeit

Der zweite Band, 760 S. stark, ist erschienen.

H. Gansmann & Co. in Bohum, Biemelhauser Straße

Ein Sortiment Lieder, 100 Stück 50 Pf.

passend zu Massenversammlungen bei Zahlstellenversammlungen, Ausflügen usw.

Bergm.-Unterstützungs-Berein Friedrich Wilhelm zu Hülseberg.

Sonntag, den 14. Dezember, nachmittags 4 Uhr, im Vereinslokale...

Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Vorstandswahl, 2. Votfrage, 3. Verschiedenes.

Gewerkschafts-Bibliothek in Bohum

Öffnet jeden Sonntag, vormittags von 9 bis 11 Uhr...

Jungvögel 1914

Ein Almanach für die arbeitende Jugend Preis 50 Pf. H. Gansmann & Co. in Bohum